

Wöchentlich 50 Blg., monatlich 1,60 M. im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einjährl. Bestellgeld, Auslandsendonement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen: „Toll und Zeit“ und „Kimmerleut“, „Ferner Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Tschai“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die ein politische Propagandiererin 60 Wienig, Kellamstraße 5 — Reichsmarkt, Kleins Anzeigen des emgruete Wort 23 Wienig 120000 zwei- tagebundte Worte, eben weitere Wort 12 Wienig, Stollene oder das erste Wort 15 Wienig, eben weitere Wort 10 Wienig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Wienig, Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 60 Wienig, Anzeigen-annahme im Hauptgeschäft Linden-straße 3, wochentags, von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Köhlfeld 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbeskonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65 Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Vor der Einigung in Toulouse.

Zurzeit keine ernstern Gegensätze.

Paris, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Die Resolutionskommission des sozialistischen Parteitages in Toulouse ist am Dienstagmorgen zur Beratung der vorliegenden Entwürfe zusammengetreten. Die Vertreter der drei Richtungen innerhalb des französischen Sozialismus bemühen sich um die Einigung auf einen Text, durch den die Gegensätze überbrückt werden können. Die Diskussionen werden dabei in sehr freundschaftlicher und konzilianter Form geführt. Objektiv steht die Haltung der Partei vollkommen fest. Das ging auch aus den Debatten am Montag klar hervor. Angesichts der

Uebereinstimmung aller Tendenzen über die Notwendigkeit einer oppositionellen Politik

und der Scheu vor einer Spaltung beschränken sich die Meinungsverschiedenheiten auf Nuancen in der Deutungsweise, wie dies Léon Blum am Dienstagmorgen im „Populaire“ wieder sehr nachdrücklich unterstreicht. Bemerkenswert in diesen Ausführungen Blums ist die Entschiedenheit, mit welcher er abermals die lehige Regierung der „Nationalen Einigung“ dem ehemaligen Nationalen Block gleichstellt.

Selbst die entschiedensten Anhänger des rechten Flügels vermehren sich übrigens dagegen, daß sie im Augenblick an eine Beteiligung an der Regierung denken. Die Gefahr, rief Renaudel aus, daß seine Freunde etwa mit den Radikalen gemeinsame Sache machen würden, bestehe nicht, und es sei ein Scherz, wenn man annehmen wolle, daß die Frage der Beteiligung hätte jetzt gestellt werden können. Als der Abg. Bedouce erklärte, es hieße die Idee der Anteilnahme an der Regierung geradezu kompromittieren, wenn man heute von ihr reden wolle, rief Montagnon, einer der Vorkämpfer des rechten Flügels, das sei vollkommen richtig.

Demnach trennen für den Augenblick wenigstens keine praktischen Gegensätze von Bedeutung die Anhänger Renaudels von der Mitte und dem linken Flügel. Was endlich die Frage der mehr oder minder großen Gemeinsamkeit mit den Doktrinen des Kommunismus anbelangt, so bleibt, nachdem einer

der Führer des linken Flügels, Zyromski, erklärt hat, daß ein Zusammengehen mit den Kommunisten zurzeit unmöglich sei, auch da im Augenblick nicht viel Trennendes. Die Haltung der Partei wird ihr zurzeit von selbst diktiert durch ihre Lage

zwischen bürgerlicher Konzentration und Kommunismus.

Jedoch, wenn sich die politische Konstellation einmal ändert, besteht Gefahr, daß die jetzt mehr theoretisch vorhandenen Gegensätze praktische Gestalt annehmen und daß das Ausgleichstalent Léon Blums dann nichts mehr zu einer Ueberbrückung zu tun vermag.

Toulouse, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Die bewegten Debatten des sozialistischen Parteitages, an denen, abgesehen von Paul Boncour, der es vorzog nach Genf zu reisen, alle Führer sich beteiligten, haben die stehenden Unterschiede gezeigt, die zumindest in den taktischen Fragen bestehen. Wenn Blum die Fortschritte hervorhob, die der Sozialismus in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte, wenn er den günstigen Einfluß der sozialistischen Opposition auf die Außenpolitik während der letzten Session betonte und weitere konstruktive Opposition empfahl, so bewies er gewiß sein gewohntes Talent, das Trennende durch den Hinweis auf gemeinsame Ziele hintanzustellen. Aber die Diskussion über Boncour und den Bolschewismus ließ immer wieder die Gegensätze auseinanderprallen. Blums Verdienst ist, daß er sich nicht scheute dabei Stellung zu nehmen und seine Hinneigung zur Auffassung des linken Flügels, wenn er seine Tendenzen auch stark münderte und korrigierte, ließ ihn auf dieser Seite Rückhalt gewinnen. Demnach kann man für die Zukunft wohl mit einer von der neuen Kammer etwas gehemmten Verschiebung des Schwergewichts der Partei nach links rechnen. Die Sozialisten nahmen der „Nationalen Union“ gegenüber Kampfstellung ein, freilich ohne radikale Handlungen wie die Abberufung Boncours vom Völkerverbund und Bouissons vom Kammerpräsidium. Die sozialistische Partei wird im übrigen gewiß die Stärke ihrer Opposition zu weiterem Druck auf die Regierung im Sinne baldiger Rheindrängung und Lösung der Saarfrage im Geiste von Locarno benutzen.

Japans Antwort an Südchina.

Die Note dem Völkerverbund überreicht.

Genf, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Der Vertreter Japans im Völkerverbund überreichte dem Völkerverbundssekretariat einen Schriftsatz seiner Regierung, in dem der chinesisch-japanische Konflikt geschildert wird. Darin heißt es u. a.:

„Die Ausländer in China können sich gegenwärtig nicht mehr auf den Schutz ihres Lebens und ihres Eigentums durch die chinesische Autorität verlassen. Es ist darum unvermeidlich, daß Japan mit seinen starken Interessen und der großen Anzahl seiner Staatsangehörigen in China sich bemüht, mit eigener Kraft keine Staatsangehörigen und keine wohl erworbenen Rechte zu schützen. Die Entsendung japanischer Truppen ist einzig und allein eine Maßnahme des Selbstschutzes. Die Plünderung eines japanischen Hauses durch Soldaten der Südmaree war die Ursache des Zwischenfalles von Tsinanfu. Die Südruppen griffen nach ihrem Einrücken in Tsinanfu die dortigen schwachen japanischen Kräfte und die japanischen Staatsangehörigen an. Sie ermordeten mehr als 12 japanische Staatsbürger, darunter Frauen, und plünderten mehr als 100 japanische Häuser. Die im April eingetroffenen japanischen Verstärkungen bemühten sich, den größten Teil des Fremdenviertels von Tsinanfu zu schützen. Der chinesische General Tschiangkai-schek schlug dem japanischen Kommandanten am 2. Mai vor, daß er die Ordnung mit seinen Kräften aufrechterhalten wolle, worauf die japanischen Truppen zurückgezogen wurden. Aber am 3. Mai plünderten reguläre chinesische Truppen ein japanisches Haus. Von hinzukommenden japanischen Patrouillen angegriffen, küchelten sie in eine benachbarte chinesische Kaserne, von der aus sie auf die Japaner zu feuern begannen. Die Feindseligkeiten dauerten bis zum 5. Mai. Die Chinesen schossen von verschiedenen Stellen auf japanische Soldaten, ermordeten japanische Staatsbürger und plünderten japanische Häuser. Unter diesen Umständen verlangte der japanische Kommandant die Zurückziehung der chinesischen Truppen auf eine Distanz von sieben englischen Meilen von Tsinanfu und der Eisenbahn nach Schantung. Dieses Verlangen wurde nicht nur nicht erfüllt, sondern chinesische Soldaten und Zivilisten setzten ihre Angriffe und ihre Plünderungen bis zum 11. Mai fort und konnten

nur durch Anwendung von Artillerie überwältigt werden. Es sind 14 japanische Staatsbürger getötet und 131 japanische Häuser geplündert worden. Die sogenannte Ermordung des südchinesischen Kommissars geschah in Verfolg eines chinesischen Angriffs auf eine japanische Patrouille. Mehr als 12 Chinesen schossen auf diese Patrouille, die das Feuer erwidern mußte und ihre Gegner überwältigte. Man weiß nicht, ob sich der südchinesische Kommissar unter den bei diesem Feuergefecht Getöteten befindet.“ — Die chinesische Behauptung von der Zerstörung des Kommissars weist die japanische Darstellung schließlich als eine Lüge, die dem Charakter und den Sitten des japanischen Volkes widerspricht, zurück.

Man nimmt in Genf an, daß mit dieser japanischen Antwort die Eingabe des südchinesischen Außenministers an den Völkerverbund erledigt ist, da bisher keine vom Völkerverbund anerkannte Macht ein Verlangen auf Weiterverfolgung der Angelegenheit gestellt hat.

Ueberschwemmung auch in Böhmen.

Die große und die kleine Kupa über die Ufer getreten.

Prag, 29. Mai.

Infolge der heftigen Regengüsse, die vor Pfingsten niedergegangen sind, sind die Große und die Kleine Kupa im Riesengebirge über die Ufer getreten und haben Brücken fortgerissen, Gemeindegemeinde, stellenweise auch Bezirksstrassen und vielfach die Regulierungen vernichtet. An zahlreichen Stellen erfolgten Erdbeben und dadurch namhafte Beschädigungen der Wege und Strassen. In Trautenau war am Tage vor Pfingsten der Wasserstand derartig hoch, daß eine Anzahl von Brücken für den Verkehr gesperrt werden mußten. Nur das Aussehen des Regens, der in Schneefall überging, verhinderte den Eintritt einer Katastrophe. Man befürchtete den Durchbruch der Flußdämme, wodurch die Stadt Trautenau ähnlich wie im Jahre 1897, wo 47 Menschenleben den Fluten zum Opfer fielen, überflutet worden wäre.

Die Kriegsächtung.

Die neueste Etappe des Imperialismus.

Es sind noch nicht vier Wochen vergangen, seit Deutschland dem amerikanischen Vorschlage zustimmte, den Krieg aus der internationalen Politik auszuschalten. Und schon haben auch die übrigen Regierungen Washington geantwortet. England, Italien und Japan haben ihr Ja grundsätzlich gesagt, und das Amen der Vorbehalte hinzugefügt. Frankreichs kritische Stellung ist schon seit längerer Zeit klar.

Dieser Notenwechsel über den Kriegsverzicht zwischen den fünf Hauptstädten der Großen Mächte zeigt neue Entwicklungstendenzen der Weltpolitik.

Amerikas Vorschlag an die vier Hauptmächte, mit denen es Beziehungen unterhält, knüpft an Verhandlungen mit Frankreich an. Der alte Schiedsvertrag Frankreich—Vereinigte Staaten stand vor dem Ablauf. Er stammte noch aus der Vorkriegszeit. Seitdem hatte Frankreich mit den Vereinigten Staaten „die Demokratie vor dem deutschen Imperialismus gerettet“. Auf ein Bündnis, den Frieden von Versailles zu sichern, hatte es dann jedoch verzichten müssen. Statt dessen hatte es mit Deutschland den Antikriegspakt von Locarno geschlossen. Als man nun wieder mit Amerika verhandelte, lag es nahe, statt des Bündnisses (gegen dritte) auch mit Amerika einen Antikriegspakt zu schließen. Wer sich derart an einen Mächtigen anlehnt, steht selbst um so mächtiger da. Zugleich „blent“ man dem Weltfrieden. Der Vorschlag, einen zweiseitigen (bilateralen) Antikriegspakt mit Amerika abzuschließen, hat Briands Friedenspolitik zur Mutter, Poincarés „nationale Einigung“ zum Vater. Er fand in Amerika eine wohlwollende, ja allzu wohlwollende Aufnahme.

Zunächst freilich legten ihn der Staatspräsident Coolidge und sein Außenminister Kellogg zu den Akten. Diese Art zweiseitigen Kriegsverzichts erinnerte fatal an das Bündnis. Mit einem Ausdruck aus der bilderreichen Sprache indianischer Büffeljäger hießen die beiden „das Ohr auf den Boden“, um zu hören, wie die Wählermassen auf Frankreichs Vorschlag reagierten. Amerika hatte sich zwar 1919 aus dem Tohuwabohu von Versailles, aus dem Völkerverbund und von Europa entrüstet zurückgezogen. Doch waren seine Interessen stärker als seine Gefühle; es mußte sich doch wieder mit Europa abgeben. Denn mit dem deutschen Bankrott drohte die Aussicht zunichte zu werden, jemals von den früheren Alliierten die Kriegsdarlehen zurückzuerhalten. Der Dollar sanierte also die Mark, um Lire, Franken und Pfund Sterling zu erhalten. Und der Weltanleiherat Dawes wurde Vizepräsident der Vereinigten Staaten. Seitdem wird der Staatsfaktel Amerikas von den europäischen — in letzter Linie von den deutschen — Steuerzahlern gefüllt, das Finanzkapital Amerikas verdient an den Anleihen, die die kapitalarmen europäischen Kommunen und Unternehmungen froh sind, in Amerika auflegen zu dürfen, und sein Industriekapital braucht Europa als zahlungsfähigen Käufer seiner überschüssigen Produktion. 60 Jahre laufen die Kriegsschuldenzahlungen; eins, zwei, drei Jahrzehnte die europäischen Anleihen.

Mit Sicherheit kann man auf die Zahlungen Europas nur rechnen, wenn Europa seine Wirtschaft nicht wieder durch einen Weltkrieg vernichtet. Der Weltfrieden ist also ein Lebensinteresse jeden Amerikaners. Sein praktischer Geschäftssinn fand bald heraus, wo man den Kampf mit dem geschäftsfördernden Krieg anfangen müsse: nämlich an der Eigenschaft, die ihn am gefährlichsten macht. Und diese Eigenschaft ist, daß die Regierungen und die Parlamente und die Völker in ihren Staatsverfassungen für sich das Recht in Anspruch nehmen, Krieg zu führen; das tut ja sogar noch die Verfassung von Weimar, die den Reichstag ermächtigt, „Krieg zu erklären“ und dann auch wieder „Frieden zu schließen“. Will man um die Kriege herumkommen, so dürfen Regierungen, Parlamente und Völker Kriege nicht mehr führen. Der Krieg darf nicht mehr letztes Mittel der auswärtigen Politik sein. Den Wort verwirrt das Bewußtsein des Kulturmenschen. Ein aufgeklärtes sittliches Bewußtsein verurteilt auch den menschenmordenden Krieg. Was aber sittlich nicht sein darf, das darf auch von Rechts wegen nicht sein. Ist es unser Interesse, den Krieg zu vertreiben, so muß man ihn aus dem öffentlichen Rechte vertreiben; to outlaw war — lautet die amerikanische Formel. Das wird den Krieg zwar nicht in allen Fällen verhindern — aber es macht ihn doch zu einem Verbrechen und seine Urheber zu Verbrechern. Das ist der Gedankengang, den eine Gruppe von Geschäftsleuten, Politikern und Idealisten um den Vorsitzenden des auswärtigen Senatsausschusses Borah popularisierte. Er wurde zu einer politischen Ideologie, als es gelang, der Öffentlichkeit die Nützlichkeit der Kriegsächter zu ahnen und klar werden zu lassen.

Die Geschäftswelt hatte um so mehr Vertrauen, als Aktionen in Mittelamerika offensichtlich von der Kriegsächter nicht betroffen werden; denn im Bewußtsein des amerikanischen Kapitalismus gelten schon seit dreißig Jahren Schiffsexpeditionen und Truppenlandungen in Rita-

Wie wird's in Württemberg?

Große Koalition oder Bürgerblock mit Demokraten . . .

Stuttgart, 20. Mai. (Eigenbericht.)

Die Parteien sind sich darüber einig, daß nach dem katastrophalen Wahlausgang für die Deutschnationalen die Herrschaft Bazilles beendet ist. Er kann nicht länger Staatspräsident bleiben. Innerhalb der Deutschnationalen und der Volkspartei machen sich nun Bestrebungen geltend, für den geschlagenen Bürgerblock zu retten, was noch zu retten ist. Da man an die Möglichkeit an einer Koalition wie sie früher war nicht mehr glaubt, bemüht man sich, die Demokraten in das Lager des Bürgerblocks hinüberzuziehen. Es ist verständlich, wenn die Demokraten zunächst keine Lust haben, sich in die Konkursmasse einbeziehen zu lassen. Das Wochenblatt der Demokratischen Partei Württembergs, der „Beobachter“, schreibt deshalb:

„Das Ergebnis der Wahl ist die Ablehnung deutsch-nationaler Politik und die Ablehnung der Rechtskoalition. Diese Tatsache liegt so klar zutage, daß eine nähere Begründung überflüssig ist. Klarheit besteht weiter darüber, daß alle diejenigen, denen es um ein gesichertes und nicht zufälliges Amt aller Art ausgeht, Arbeiten im württembergischen Landtag zu tun ist, die Große Koalition anstreben müssen. Die Deutsche demokratische Partei wird in dieser Richtung tätig sein.“

Weiter wird im bisherigen Regierungslager der Gedanke erwohnt, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten einem verkäppelten Bürgerblockregime irgend-

wie dienstbar zu machen. Gegen diese Methode, die Sozialdemokratie auszuschalten und die Arbeiter zu Objekten einer rein bürgerlichen, eigenmächtigen Politik zu machen, wendet sich unser Stuttgarter Parteiorgan, die „Schwäbische Tagwacht“ mit aller Entschiedenheit:

„Die Verbreiterung der Rechtskoalition nach links geht auf die Einbeziehung der Demokraten. Darüber wird diese Partei in erster Linie selbst zu entscheiden haben. Aber es ist ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß die Gewerkschaften und andere wirtschaftliche Organisationen der Arbeitnehmer — unabhängig ihrer Rolle gegenüber jeder Regierung — jemals die Mitarbeit der Sozialdemokratie jemals entbehren können oder auch nur wollen. Diese verhängnisvolle Anschauung darf von vornherein nicht unwiderprochen bleiben.“

Unser Parteiblatt in Heilbronn, das „Redar Echo“ bemerkt zu den Plänen der Reaktion:

„Sollten sich tatsächlich Zentrum und Demokraten — so wie es die Streifenmänner für Württemberg wünschen — zu einem Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie zusammenfinden, so würde unsere Partei einer solchen Regierung und Koalition gegenüber in die schärfste Oppositions- und Kampfstellung treten. Wir hätten die Wirkungen einer solchen, den Willen der Wählerschaft vergewaltigenden Entwicklung wahrlich nicht zu fürchten.“

Das Zentrum hat nunmehr das Wort. Aber es scheint, daß man es hier nicht eilig hat, Farbe zu bekennen.

ragus, Ruba, Panama nicht als Krieg, sondern als Polizeiaktionen, um Leben und Eigentum amerikanischer Bürger zu schützen“. Nach dem Scheitern der großen Seeabrüstungskonferenz suchte, im Hinblick auf die Präsidentenwahlen im Herbst, die Regierung Coolidge nach einem sichtbaren außenpolitischen Erfolg. Es vergingen fünf Monate nach Frankreichs Antwort: im Dezember nahm Washington Frankreichs Kriegsverzichts an, aber statt des zweiseitigen schlug es einen mehrseitigen (multilateralen) Vertrag unter den Großmächten vor, dem dann alle Staaten beitreten könnten. Damit treten die Vereinigten Staaten aus ihrer Isolierung heraus. Die wirtschaftliche Verflechtung der Welt ist zu groß geworden, als daß sie Europa für sich lassen könnten. Amerika hat seine „Kulturmission“ entdeckt, es trachtet, die Welt zu befrieden. Die ökonomischen Interessen der Amerikaner haben eine dazu gehörige Idee, die Idee des internationalen Kriegsverzichts, gefunden.

Dieser Radikalismus der amerikanischen Bourgeoisie, nicht nur mit Frankreich Frieden zu halten, sondern gleich ganz Europa zu befrieden, stieß in Paris auf ein hartes Nein. Frankreichs Frieden beruht ja nicht nur auf den Friedensverträgen, dem Völkerverbund und Locarno, sondern auch auf seinen Bündnissen. Frankreich will sich vorbehalten, etwa Südslawien oder Polen gegen Angriffe zu verteidigen und gegen jeden Angreifer Krieg zu führen. Ebenso will es, daß seine Bundesgenossen an seiner Seite einen Verteidigungskrieg führen. Das Mißtrauen ist noch so groß, daß selbst Briand sich nicht scheute, auf solchen Bedingungen zu bestehen. Amerika wandte mit Recht ein, daß ein Vorbehalt, Krieg führen zu dürfen, die Kriegsächterung in den Augen der Welt völlig entwertet. Zudem verliere der Kriegsächterungspakt — wie alle internationalen Verträge — von selbst seine Kraft, wenn ihn eine der Vertragsmächte verleihe; Frankreich gewänne seine Handlungsfreiheit in diesem Fall wieder. Trotz dieser durchschlagenden Einwände hält Frankreich noch an seinen Vorbehalten fest; unter dem Zureden der anderen Regierungen und dem Druck der Öffentlichkeit beginnt sein Mißtrauen gegen die einfache Formel jedoch langsam zu weichen.

Die anderen Regierungen sind nicht in Bündnisse verstrickt. Die Zustimmung Deutschlands war für eine Bürgerblockregierung zwar keine Selbstverständlichkeit — unterzeichnen Deutschland und Polen den Kriegsverzichtspakt, so bedeutet das ein Stück *Dislocarno*, eine neue, über die bisherigen hinausgehende Verpflichtung, auch dort Frieden zu halten. Aber es gelang, diese neue Stück „Verzichtspolitik“ im Dunkel zu halten. So passierte die vorbehaltlose Zustimmung zur Kriegsächterung das Kabinett des sterbenden Bürgerblocks. Ebenso hat Italien, ohne Aufhebens davon zu machen, sein Jawort gegeben. Selbst der Faschismus verweigert es zurzeit, sich militärisch zu demastieren und das mächtige Amerika vor den Kopf zu stoßen. Japan hat zwar keinen Vorbehalt gemacht, aber da Korea annektiert ist, Schwantung und die Mandchurie keine „Staaten“ sind, so wird der Antikriegspakt dort nicht stören, wo Japan etwa mit Kriegsschiffen und Truppen „lebenswichtige Interessen seiner Bürger“ schützt. England hingegen hat sich ausdrücklich vorbehalten, daß auf Gebiete mit „lebenswichtigen englischen Interessen“ — Vorderasien, Ägypten — der Pakt nicht anwendbar ist. Da die Vereinigten Staaten ähnlich Mittelamerika „betreten“, stößt diese Auslegung bei ihnen nicht auf grundsätzlichen Einspruch.

Die amerikanische Regierung wird die Verhandlungen über die Kriegsächterung bis zum Abschluß weitertreiben. Erfolg oder Mißerfolg in dieser Frage entscheiden mit darüber, ob die republikanische Partei im nächsten März wiederkehrt. Aber selbst wenn sie aus anderen, innerpolitischen Ursachen der demokratischen weichen sollte, so werden doch die Gedanken und die Interessen Amerikas auf das Ziel des Kellogg-Plans gerichtet bleiben.

So ungenügend die Kriegsächterung vom wahrhaft internationalen Standpunkte ist: sie ist ein Schritt auf dem Wege, wenigstens zwischen den kapitalistischen Staaten den Krieg zu beseitigen. Aber auch die Sowjetregierung hat ihre Bereitschaft bereits angedeutet, dem Antikriegspakt beizutreten. Gegen den Nationalismus und Militarismus in Deutschland, England, Frankreich und den anderen Ländern muß auch die Sozialdemokratie auf die Kriegsächterung drängen: denn ein neuer Weltkrieg würde einen Trümmerhaufen hinterlassen, aus dem auch der Sozialismus keine Frucht mehr zu ziehen vermag.

Der Führer der Sozialistischen Partei Frankreichs, Leon Blum, fordert im „Populaire“ nachmals, daß die französische Regierung ihre Vorbehalte gegenüber dem amerikanischen Antikriegspakt abschleife endlich lassen lasse. Bängeres Zögern könne Frankreich nur in letztes Licht setzen. Denn sonst müßten doch in französischen Bündnisverträgen unverantwortliche Bestimmungen enthalten sein, die nicht mit dem Kriegsverzichtsvereinbar seien und infolgedessen auch gegen den Völkerverbund verstoßen müßten. Er hoffe, mit dieser seiner Ansicht ein amtliches Dementi entgegenzusetzen; aber das einzige wirkungsvolle Dementi wäre doch nur die vorbehaltlose Unterzeichnung des Antikriegspaktes.

„Sturmjähne“ Wifing.

Das Ergebnis der Untersuchungen in Kiel.

Kiel, 20. Mai.

Zur Aufdeckung geheimer Zusammenkünfte in Kiel wird weiter mitgeteilt: Der Polizei war seit längerer Zeit bekannt, daß von dem in die Wagdeburger Wifing-Angelegenheit verwickelten Studenten Kobelin in Kiel der Aufbau einer neuen Organisation verjucht werde, die den Namen „Sturmjähne“ führte. Die neue Gruppe bestand aus nur wenigen Mitgliedern, die sich in der Wohnung eines der Beteiligten trafen. Bei dem Mitternachtlichen Besuche der Polizei wurden fünf junge Leute vorgefunden, die zum Teil Pistolen und Dolche mit sich führten. Nach der polizeilichen Vernehmung wurden vier von ihnen wieder auf freien Fuß gesetzt, während der Führer Kobelin, dessen Bruder der Führer einer Wifinggruppe in Eisenach ist, dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde, von dem er jedoch später auch wieder entlassen wurde. Das bei den einzelnen Teilnehmern an den Versammlungen vorgefundene Material hat bisher keinen Anhaltspunkt ergeben, daß eine Verbindung mit anderen Orten bestand, doch läßt die ganze Aufmachung der Gruppe erkennen, daß es sich um eine Fortsetzung des in Preußen verbotenen Wifingbundes handelt. Die Staatsanwaltschaft hat die Angelegenheit an das Landgericht I Berlin weitergeleitet, wo es zur Abklärung der dort noch im Gange befindlichen Wagdeburger Wifing-Angelegenheit dient.

Westarp will gehen?

Es triffelt bei den Deutschnationalen.

Von einer Führerkrise bei den Deutschnationalen wissen der „Jungdeutsche“ und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu berichten; beides Organe, die der Rechten nahestehen und in die deutschnationalen Reihen irgendwie hineingehört haben mögen. Nach der „D. A. Z.“ soll der Partei- und Fraktionsvorsitzende Graf Westarp Rücktrittabsichten haben, doch nimmt das Blatt an, daß die Partei ihn in seinem Amt bestätigen und ihm selbst ihre notwendig gewordene Neuorganisation übertragen wird. Wollte man aber dem „Jungdeutschen“ glauben, so stünde es um Westarp kritischer, da ihn die oppositionellen Gruppen der Partei für die Wahlniederlage verantwortlich machten und seinen Rücktritt forderten. Als Nachfolger in der Führung der Partei halte der „rechte“ Flügel den Abgeordneten Schlang-Schöningen, der „linke“ den Abgeordneten Trevisanus in Bereitschaft.

Der jetzt vierundsechzigjährige Graf Westarp ist seit dem Kölner Parteitag vom September 1926 so gut wie unumschränkter Herr der deutschnationalen Heerscharen. Es war nur folgerichtig, daß die für Diktatur schwärmende Partei zunächst ihren eigenen Betrieb auf die Diktatur einzurichten begann. Auf den Befehl des Grafen schwenkten die deutschnationalen Abgeordneten ein wie die Unteroffiziere. Das Wort des Herrn Landtag: „Der Graf hat es befohlen“, das die deutschnationalen Mitglieder eines Reichstagsausschusses inmitten einer Sitzung zu einem jähen Frontwechsel veranlaßte, gehört zu den geflügelten Worten der politischen Sprache.

Es ist glaubhaft, daß die Diktatur des Grafen durch die Niederlage am 20. Mai ins Wanken gekommen ist. Wäre sich doch die außerordentliche Stellung, die er einige Jahre lang einnehmen durfte, nur aus dem Mangel an Persönlichkeiten erklären, an dem seine Partei leidet. Graf Westarp war als Nachfolger Heydenbrands Vorsitzender der konservativen Partei, er hat zuerst diesen Posten niedergelegt, um den der Deutschnationalen zu übernehmen, und hat schließlich infolge eines Konflikts, der während des Wahlkampfes ausbrach, auch seine Mitgliedschaft bei den Konservativen aufgegeben. Das ändert aber nichts daran, daß er nach der ganzen Struktur seines Geistes und Gemüts ein altpreussischer Konservativer ist, das heißt, ein Mann, der der ganzen Entwicklung der letzten zehn Jahre sattsam und verständnislos gegenübersteht. Das Kollektieren mit der völkischen Rasse mag ihm, für den der oblige Großgrundbesitz stets die Blüte der Nation bleibt, ebensowenig gefallen wie das Dienern von der unebenbürtigen Großindustrie. Trotzdem ist er als Parteiführer aus einem Kompromiß ins andere hineingerutscht. So entstand vielfach der Eindruck, daß die Deutschnationale Partei gar nicht handelte, sondern nur förmlich an den Haaren in ihr Schicksal bis zur Wahlniederlage hineingeschleift wurde.

Nach alledem wäre es begreiflich, wenn die Deutschnationale Partei ihre bisherige Führung mit einiger Sorge betrachtete. Wenn Westarp dennoch Aussicht hat, durch ein sogenanntes „überwältigendes Vertrauensvotum“ in seiner Führerstellung bestätigt zu werden, so verdankt er das der völligen Unzulänglichkeit der Männer, die als seine mutmaßlichen Nachfolger bezeichnet werden. Das Wort von dem Einäugigen unter den Blinden gilt eben auch und ganz besonders für die Parteien der Diktatur.

„Vorwärts“-Leser, seid beruhigt!

Die „Kreuzzeitung“ rät es euch.

In seinem Sonntags-Veikartikeln hatte der „Vorwärts“ gesagt, in der neuen Regierung werde es vor allem auf die Personen ankommen, diese müßten den Parteien die Sicherheit geben, daß sie im Kabinett gut vertreten seien. Die „Kreuzzeitung“ drückt das ab und bemerkt dazu:

Es wird vor allem von Persönlichkeiten abhängen. Bekanntlich hat sich die Sozialdemokratie im Preussenkabinett mit nur zwei Sigen begnügt, und sie hat es trotzdem verstanden, der Preussenregierung ihren Stempel aufzudrücken. Wir sind sicher, daß sie auch für das künftige Reichskabinett die „Persönlichkeiten“ finden wird, die „mit der Geltendmachung ihrer Ansichten im neuen Kabinett nicht zu kurz kommen werden“. Die „Vorwärts“-Leser dürfen also ganz beruhigt sein.

Wir erlauben uns, der Redaktion der „Kreuzzeitung“ namens unserer Leser für diese Worte der Beruhigung unseren tiefgefühlten Dank auszusprechen, ebenso namens unserer Parteiführung den Dank

für das sie ehrende Vertrauen. Hoffentlich behält die „Kreuzzeitung“ recht und wird es der neuen Regierung an energischen und geschickten Persönlichkeiten aus der Sozialdemokratischen Partei nicht fehlen! Erfreulicherweise können ja auch die „Kreuzzeitung“-Leser beruhigt sein angesichts der Tatsache, daß die Reubell, Herzt, Schiele und Koch schon den Spediteur für ihren Umzug bestellt haben, diese Blamaze der Deutschnationalen Partei also endlich einmal aufhört.

Immer daselbe.

Reichswehr, Turner und Konsumvereine.

Der Dresdener Konsumverein „Vorwärts“ feiert am Sonntag, dem 10. Juni, sein vierzigjähriges Bestehen und beabsichtigt an diesem Tag einen Fest- und Werbezug. Um den Straßenverkehr nicht zu behindern, wandte er sich an die Militärverwaltung mit der Bitte, den Maun-Platz in Dresden-Neustadt, der der Militärverwaltung untersteht, an diesem Sonntag für einige Stunden als Aufstellplatz benutzen zu dürfen. Darauf kam zunächst folgender Bescheid:

„Bevor Ihrem Antrage nähergetreten werden kann, bittet die Kommandatur um Angabe, welchen Charakter der Festzug tragen wird, was die einzelnen Gruppen des Festzuges zur Darstellung bringen, ob parteipolitische Fahnen bzw. Schilder mitgeführt werden und ob überhaupt das gesamte Gepräge des Festzuges parteipolitisch abgestimmt ist.“

Der Konsumverein beantragte die Militärverwaltung: es handle sich um eine neutrale wirtschaftliche Veranstaltung. Zweite Antwort der Kommandatur in Dresden:

„Ihrem Antrag auf Ueberlassung des Maunplatzes zur Aufstellung des Werbezuges kann aus folgenden Gründen nicht entsprochen werden:

Der Festzug verfolgt, wie aus dem Schreiben des Konsumvereins „Vorwärts“ hervorgeht, Werbezwecke für eine wirtschaftliche Organisation. Hierzu betriebsfremde Eigenschaften zur Verfügung zu stellen, ist aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht möglich. Außerdem dürfen nach den Bestimmungen des Heeresverordnungsblattes 1926, Nr. 334, Ziffer 2, Kreuzerpläne, die — wie der Maunplatz — außerhalb eines Reservatsbereichs liegen, nur zu sportlicher Betätigung für zivile Vereine u. p. überlassen werden. Dieser Fall liegt nach dem Antrag des Konsumvereins „Vorwärts“ jedoch nicht vor.“

Rum ist es mit der sportlichen Betätigung für zivile Vereine aber auch so eine Sache. Denn vor gar nicht langer Zeit erhielt der Pieschener Arbeiterturnverein ein Entschuldigens der Reichswehrministeriums, gez. Dresden, in der den Pieschener Turnern die Spielgenehmigung auf dem von der Reichswehr als Kreuzerplatz benutzten Heller verweigert wurde, weil sie — Sozialdemokraten seien. Dabei haben die Pieschener Turner diesen Platz seit 1894, also 24 Jahre lang, unter kaiserlich-konservativer Herrschaft benutzt, ohne daß es zu einem Konflikt gekommen wäre!

Es ist uns unbekannt, ob Reichswehrminister Groener wußte, was gespielt wurde, als er seine Unterschrift unter die Entscheidung setzte. Die beiden Fälle lassen jedenfalls erkennen, daß innerhalb der Reichswehr auch heute noch der Neutralitätsverstoß dazu mißbraucht wird, um neutrale, den betreffenden Stellen nicht genehme Organisationen zu schikanieren und zu kopfstoßen. Reichswehrminister Groener würde, wenn er das wußte, sehr bald in die Lage seines Vorgängers kommen, den man schließlich als Axttrappe für Unternehmungen gebrauchte, die mit einem die Reichswehr aufs äußerste kompromittierenden Kladderadatsch endeten. Das Reich hat ein Interesse daran, daß Gelehrer nicht umsonst zurückgetreten ist.

Ein Oberst erschießt seinen Spielpartner

Romna, 20. Mai.

In dem Vergnügungslokal Bilis in der Valsores-Alpe wurde in der vergangenen Nacht der Rechtsanwalt Koreita von einem Oberst der Armee beim Kartenspielen durch mehrere Revolver-schüsse schwer verwundet. Koreita war lange Zeit Redakteur der „Stetumos“ und politisch tätig. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, daß der Zwischenfall einen politischen Hintergrund hat.

Bedenkliche Journalistenpraxis. In der Pfingstausgabe des „Ahr-Abendblatt“ erschien u. a. ein Aufsatz, als dessen Verfasser der preussische Landtagspräsident Genosse Bartels genannt war. Tatsächlich war jedoch dieser Aufsatz nicht von Bartels geschrieben, sondern aus Sägen zusammengestoppelt, die er dem Abgeordneten eines Berichterstatterbüros gegenüber geäußert hatte. Wie es scheint, ist diese Umwandlung eines sogenannten Interviews zu einem gezeichneten Aufsatz des Ausgefragten von jenem Bureau vorgenommen und das umgewandelte Produkt an Redaktionen verkauft worden. Auf alle Fälle handelt es sich um ein Verfahren, über dessen absolute Unzulänglichkeit nicht der geringste Zweifel bestehen kann.

Moskauer Zureden.

Deutschrussische Freundschaft trotz Schächtyprozess!

Den Moskauer Nachhabern wird bange um die Wirkung ihres Prozesses gegen die deutschen Techniker. Weil im technisch so rückständigen Rußland unfähige Leute oder der allmächtige Bürokratismus moderne Maschinen kaputt machen, müssen deutsche Techniker durch verlaufte Sowjetler geschleppt und in Moskau wochenlang als Erzfeinde der Sowjet Herrschaft öffentlich zur Schau gestellt werden. Pächterliche Zeugenaussagen werden durch das ganze Riesenreich gesunkelt, in der monopolisierten Sowjetpresse breitgetreten — die von der Verteidigung vorgeschlagenen Entlastungszeugen wurden fast ausnahmslos abgelehnt!

Diese Behandlung, zu der noch die wilde „Agitprop“-hege gegen alle „Spez“ kommt, die Deutschen unbegriffen, muß die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen schädigen, muß die Weigerung deutscher Techniker und Monteurs nach sich ziehen, nach Sowjetrußland arbeiten zu gehen. Das erkennt man auch im Krenl und läßt daher seinen „Zeitgenossen“ im Regierungsblatt „Iswestija“ schreiben:

Auf der Anklagebank des Kotonen-Saales sitzen nicht das Deutsche Reich, nicht die deutsche Industrie und nicht deutsche Firmen „als solche“, sondern deutsche Staatsangehörige, denen eine Reihe geschwinder Handlungen zugeschrieben wird. Der Vorsitzende des Gerichts hat ausdrücklich hervorgehoben, daß weder die Technik des Maschinenbaus noch die Auslandsfirmen einen Urteilspruch zu erwarten haben, sondern Einzelpersonen, die schädigende Handlungen verübt haben. Der „Zeitgenosse“ hält sich über die angeblich tendenziöse Berichterstattung der deutschen Presse auf und sagt: „Es ist Zeit, nachzudenken, in welchem Maße eine derartige Kampagne geeignet ist, die freundschaftlichen deutsch-russischen Beziehungen zu festigen oder zu schwächen.“ Die schlechteste Methode der Verteidigung Deutscher sei eine Diskreditierung des Obersten Gerichtes und der Sowjetregierungsorgane überhaupt. Diese Methode könnte „ungeheuren Schaden bei der Erweiterung der deutsch-russischen Beziehungen verursachen, die während einer Reihe von Jahren eine gleichartig positive Bewertung von beiden Seiten erfahren hat“. Kein Mensch in der Sowjetunion glaube, daß das Oberste Gericht über die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion Gericht halte, neue Kien in diesen Beziehungen zu konstruieren oder überhaupt Änderungen plane. Die bisher erzielten positiven Ergebnisse dieser Politik sprächen dafür, daß keinerlei Änderung der bestehenden Freundschaftspolitik erwünscht ist.

Wir nehmen gern zur Kenntnis, daß das Moskauer Regierungsorgan die Freundschaftspolitik mit der sogenannten „Hindenburgrepublik“ auch dann fortsetzen will, wenn an Stelle der sympathischen Deutschnationalen mindersympathische Sozialdemokraten in der Reichsregierung sitzen. In der Richtung einer solchen Freundschaftspolitik läge es jedoch, wenn man den angeklagten Deutschen uneingeschränktes Verteidigungsrecht geben und auch ihre Entlastungszeugen hören würde.

Räumung und Gegenleistung.

Ein Mißverständnis des „Temps“.

Der Pariser „Temps“ erwidert in unserem am vergangenen Freitag erschienenen Artikel „Außenpolitische Konsequenzen“ den Beginn eines Feldzuges zugunsten einer vorzeitigen Rheinlandräumung ohne jegliche Gegenleistung. Das ist ein schwer erklärliches Mißverständnis. Denn in diesem Artikel war ausdrücklich betont worden, daß wir die nächsten, praktischen Fragen nicht verlernen, die gleichzeitig geregelt werden können oder deren Regelung zumindest grundsätzlich gemeinsam ins Auge gefaßt werden kann. Es wurde weiter in diesem Zusammenhang das Weltkriegsschuldenproblem, insbesondere die Mobilisierung der deutschen Dames-Obligationsen erwähnt. Der Berliner Korrespondent des „Temps“ hat in gewissenhafter Weise bei der Uebersetzung eines Auszuges aus dem „Vorwärts“-Artikel auch diese Stellen zitiert. Es ist daher nicht recht verständlich, wie das Pariser Blatt behaupten kann, wir wollten für eine Räumung ohne jegliche Gegenleistung Stimmung machen.

Richtig ist, daß wir auf dem Standpunkt stehen, es läge im Interesse beider Länder, wenn man in Frankreich erkennen würde, daß je schneller geräumt wird und je weniger die Räumung den Charakter eines Geschäftes trägt, desto besser für die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich.

Aber wir wissen auch, daß man leider in Frankreich noch nicht so weit ist, den Vorteil einer solchen Handlungsweise zu erkennen. Und da wir nicht Politik in den Wolken zu treiben pflegen, sehen wir die Notwendigkeit einer sogenannten Gegenleistung durchaus ein. Aber wir machen nochmals darauf aufmerksam: je länger man wartet, desto mehr verringern sich für das deutsche Volk die Bedeutung des Problems.

Konkret gesprochen: die zweite (Koblenzer) Zone soll vertragsgemäß spätestens am 10. Januar 1930 geräumt sein. Glaubt man in Frankreich, daß es bei den Deutschen als ein besonderes Entgegenkommen empfunden werden würde, das eine wesentliche Gegenleistung verbietet, wenn man diese Koblenzer Zone etwa sechs oder neun Monate vor diesem Termin zu räumen geruht?

Wir sind überzeugt, daß jeder nüchtern denkende Franzose, sofern er die deutsch-französische Annäherung wünscht, die Richtigkeit dieses Gedankens ohne weiteres anerkennen wird.

Reudells Studentenpolitik.

Finanziert er die völkischen Studentenschaften?

Im „Nachrichtendienst des Deutschen Studentenverbandes“ heißt es:

„Alle deutschen Länder mit Ausnahme von Bayern, Württemberg und Thüringen haben die Erhebung von Zwangsbeiträgen für die völkische Deutsche Studentenschaft unterstellt. Trotzdem besteht die Zentrale der Deutschen Studentenschaft in Charlottenburg unverändert fort. Wie der Deutsche Studentenverband aus zuverlässiger Quelle erfährt, erfolgt jetzt die Finanzierung der Deutschen Studentenschaft zum Teil durch ideinliche Großindustrielle. Die Statmittel für das Amt für politische Bildung hat die Deutsche Studentenschaft gestrichelt, trotzdem wird diese oder in nächster Zeit drei politische Schulungswochen veranstalten. Es wird außerdem bekannt, daß bereits die letzte Schulungsagung der Deutschen Studentenschaft nicht von dieser finanziert wurde, sondern daß hierzu sowohl der

Da wird's einem „bang“!



Dr. Bang: „Gerade der Wahlausfall zeigt besser als irgend etwas, daß die deutsche Frage schließlich eine Frage der Führung ist —“

— aber wo sind denn meine Anhänger? — „Denen ist Ihre Führung zu schlecht!“

Spannung Rom—Belgrad.

Rundgebungen und Protestnoten.

In allen größeren Städten Südslawiens ist es in den letzten Tagen zu erregten Rundgebungen gegen die Inkraftsetzung der Verträge mit Italien gekommen, die seinerzeit zu Nettung abgeschlossen worden sind. Die erfolgreichen Verhandlungen Italiens mit den Nachbarstaaten Südslawiens zur Sicherung italienischer Vorherrschaft auf dem Balkan über Albanien hinaus haben das südslawische Volk schwer beunruhigt und das äußerte sich überall in Aufmärschen gegen die italienischen Konsulate, auch im Herunterreißen italienischer Fahnen. Die südslawische Polizei ist dann sehr energisch gegen die Rundgebungen vorgegangen, hat in Belgrad sogar eine Anzahl Studenten durch Säbelhiebe verletzt. Auch in Zagreb (Zagrab), wo u. a. ein Zeitungsblatt Mussolinis in einer Verlesung verbrannt worden ist, in Laibach (Ljubljana) und in Ragusa (Dubrovnik) sind Verlesungen vorgekommen und Verhaftungen erfolgt.

Der italienische Gesandte, General Badrero, hat in Belgrad eine scharfe Protestnote überreicht. Der Vertreter des Außenministers sprach ihm sofort das Bedauern der Regierung über die Zwischenfälle aus, wies aber gleichzeitig darauf hin, daß in zahlreichen italienischen Städten jugoslawienfeindliche Demonstrationen vorgekommen seien. Er zeigte dem Gesandten auch die amtlichen Berichte über die Demonstrationen, wonach die Polizei überall das Vermögen der italienischen Staatsbürger sowie der italienischen Firmen und die diplomatischen Vertretungen Italiens gegenüber den Demonstranten in Schutz genommen hat. Badrero betonte, daß die sich wiederholenden Demonstrationen in Jugoslawien die Beziehungen der beiden Länder sehr ungünstig beeinflussten. Sektionschef Sakotitsch erwiderte, daß diese

Demonstrationen durch die Zwischenfälle in Italien provoziert

worden seien, und daß die Belgrader Regierung es für ihre Pflicht halte, in Rom hiergegen die notwendigen diplomatischen Schritte zu unternehmen.

Das ist denn auch bereits geschehen. Der südslawische Gesandte in Rom, General Sakotitsch, hat bei dem Staatssekretär Grandi vorgesprochen, und zwar wegen der in verschiedenen italienischen Städten gegen Jugoslawien vorgekommenen Zwischenfälle, die auch

an dem Vermögen jugoslawischer Bürger Schaden verursacht hätten. Er hat darauf hingewiesen, daß in Zara (der zu Italien geschlagenen ehemaligen Hauptstadt Dalmatiens) faschistische Demonstrationen jugoslawische Geschäftslokale geplündert und sogar den jugoslawischen Konsul Simitsch tödlich angegriffen hätten, daß ferner in mehreren italienischen Städten die jugoslawische Fahne heruntergerissen und das Bild des Königs Alexander zertrümmert worden sei. Die jugoslawische Regierung könne diese Demonstrationen nicht ohne weiteres hinnehmen und sei angesichts der langen Reihe von Anlässen zu Beschwerden

genötigt, Genugtuung zu fordern.

Staatssekretär Grandi erwiderte, daß die italienische Regierung schriftlich antworten werde.

Inzwischen geht es an der albanischen Grenze wieder los. Das offiziöse Pressebureau in Tirana meldet, eine Bande unter Führung von Rojo Janus Cesma und Demir Polasta, beide in Serbien anlässlich, habe die Grenze überschritten und das Dorf Tushenit in der Nähe der Grenze geplündert. Dabei sei der Priester Dimitri Beldamoni ermordet worden und die Läter nach Jugoslawien zurückgekehrt. Der ermordete Priester sei durch seinen albanischen Patriotismus bekannt gewesen und sein Tod habe tiefen Eindruck gemacht.

Hans Dampf in allen Balkangassen.

Athen, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Der italienische Gesandte hat dem Außenminister mitgeteilt, daß der italienisch-türkische Pakt am Mittwoch in Rom unterzeichnet wird. Italien sehe sich dazu genötigt, weil die griechisch-türkischen Vertragsverhandlungen verzögert seien. Wiewohl Mussolini daran liegt, die Hände in allen Balkanfragen zu haben, ergibt sich aus der ausdrücklichen Zusicherung des italienischen Gesandten, daß Italien bereit sei, in Angora zwischen Griechen und Türken zu vermitteln und in der zum Ausbruch gebrachten Hoffnung, daß die innerpolitische Entwicklung in Griechenland die Verhandlungen des griechischen Außenministers mit Mussolini nicht unmöglich machen möge.

Rückgang der unterstützten Arbeitslosen

Um 11,9 Proz. bei den männlichen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ging in der ersten Hälfte des Monats Mai von rund 729 300 am 30. April auf 642 200 am 15. Mai, also um rund 87 100 oder um 11,9 Proz. zurück. Dieser Rückgang entfällt wiederum mit 84 700 fast ausschließlich auf die Männer, während sich die Zahl der unterstützten Frauen auch diesmal nur wenig (um 2400 oder 1,8 Proz.) verringert hat.

Die Zahl der Hauptempfänger von Krisenunterstützung hat in der ersten Hälfte des Mai fast in dem gleichen Maße abgenommen wie in der vorhergehenden Berichtszeit. Sie sank von rund 162 400 auf 142 900 oder um 12 Proz.

Die Zahl der Notstandsarbeiter ist in der Berichtszeit wiederum gestiegen, und zwar um 1,7 Proz. Sie betrug am 15. Mai rund 91 000. Davon waren vorher in der Arbeitslosenversicherung 70 400 unterstützt worden, Krisenunterstützung hatten 21 500 erhalten. Auf 100 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenfürsorge entfielen somit 11, auf 100 Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge 15,1 Notstandsarbeiter.

Reichsminister von Reudell als auch das thüringische Ministerium ihr Scherlein beigetragen haben sollen. Herr von Reudell will sich übrigens auch noch in einer anderen Angelegenheit für seine studentischen Freunde bemühen; das Deutsche Hochschulamt für Leibesübungen, an dem bisher die Deutsche Studentenschaft maßgeblich und finanziell beteiligt war, soll in Zukunft gleichfalls aus dem Ministerium des Innern von Herrn von Reudell unterstützt werden. Wenn auch die Wahlen den Förderer der völkischen Deutschen Studentenschaft nicht allzulange mehr in keinem Ministerium wirtschafte lassen werden, so ist doch die Mittelung dieser Dinge notwendig. Zum mindesten wird den beteiligten Kreisen Gelegenheit gegeben, sich dazu zu äußern.

v. Reudell hat schon wiederholt gezeigt, daß er sich der extrem völkischen Deutschen Studentenschaft nahe wandt fühlt. Als der preußische Kultusminister die deutsche Studentenschaft vor die Entscheidung stellte, entweder ihre verfassungswidrigen Satzungen zu ändern oder auf die staatliche Anerkennung zu verzichten, befandete er öffentlich seine Sympathien für die völkische Studentenschaft, die sich über den Willen des Parlaments, des Staatsministeriums hinwegsetzen und Gesetz und Verfassung mißachten zu können glaubte. Es wäre deshalb dringend notwendig, diese dunkle Finanzierungsgeschichte aufzuklären. Die Gelder des Reiches sind nicht zur Unterstützung einer Studentengruppe da, deren Tendenzen die Mehrzahl der Länderregierungen aufs schärfste mißbilligt.

Sozialpolitik in der Welt.

Zur elften Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz.

Heute beginnt in Genf die elfte internationale Arbeitskonferenz, eine Art internationales sozialpolitisches Parlament. Bei weitem nicht alle Regierungen gehen mit dem guten Willen ans Werk, die Sozialgesetzgebung in der Welt vorwärts zu bringen. Viele Regierungen, die dieser Gesetzgebung keine direkten oder indirekten Hindernisse in den Weg legen, sind wiederum für den Fortschritt der internationalen Sozialpolitik von kaum erwähnenswertem Nutzen. Entscheidend wird in diesen Fragen immer sein, wie die sozialpolitische Gesetzgebung gestaltet ist in den großen Industrieländern.

Sowjetrußland hat sich freiwillig ausgeschaltet.

obwohl es seit einigen Jahren immer intensivere Beziehungen zum Internationalen Arbeitsamt in Genf unterhält, so daß dieses sich ernsthaft mit dem Gedanken trägt, auch in Moskau ein Bureau zu errichten. Aber vorerst steht Sowjetrußland noch im Schmolzwinkel, statt hier praktisch für die internationale Arbeiterschaft zu wirken. Es ist eben viel bequemer, Albert Thomas, dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, wegen seiner unermüdbaren und unerschrockenen Arbeit für den Schutz des Proletariats als „Verräter“ zu beschimpfen und im übrigen die „Weltrevolution“ zu predigen.

Die Arbeit überläßt man anderen.

Der umfangreiche Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, der auch in deutscher Sprache vorliegt, gibt ein anschauliches Bild von den Fortschritten und Hemmnissen der internationalen Sozialpolitik im abgelaufenen Jahre.

Hier wurde die Entwicklung überschattet von dem plötzlichen Angriff Englands auf das Abkommen über den Achtstundentag, ein Vorgriff, der ja nunmehr als zurückgeschlagen betrachtet werden kann. Aber davon abgesehen, hat England auch in allen anderen Fragen offen oder insgeheim eine sozialpolitische Obstruktionspolitik getrieben. Für Deutschland braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß auch die Bürgerblockierung in Deutschland nicht gerade ein Rotor der internationalen Sozialgesetzgebung gewesen ist.

Sehr aufschlußreich sind die Zahlen über die wirtschaftliche Bewegung im Jahre 1927. Der Bericht zeigt auf, daß die Weltpro-

duktion, soweit wir darüber eine Statistik besitzen, im Jahre 1927 trotz der in der ganzen Welt teilweise ganz erheblich verkürzten Arbeitszeit gestiegen ist im Vergleich zu 1913. Seht man die Produktionszahl von 1913 gleich 100, so ist die Erzeugung von Steinkohle 1927 gleich 106,7, die Erzeugung von Erdöl hat den ungeheuren Sprung von 100 auf 326 gemacht. Die Weltproduktion in Gufeisen ist im selben Prozentverhältnis auf 108, die von Kupfer auf 155,7, von Blei auf 134,6, von Zink auf 133,5 gestiegen. Auch die Erzeugung von Weizen stieg von 100 auf 115. Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen landwirtschaftlichen Produkten, über die wir Vergleichszahlen besitzen. Diese Produktionssteigerung, die ja

auch eine Verbrauchsteigerung

bedeutet, ist eingetreten, obwohl nicht nur die Arbeitszeit verkürzt worden ist, sondern auch gleichzeitig das Heer der Arbeitslosen im Verhältnis zur Vorkriegszeit ganz ungeheuer gestiegen ist.

Wir müssen uns leider versagen, im einzelnen auf den Bericht einzugehen. Wir möchten zum Schluß nur noch eine Frage kurz streifen. Wiederholt ist an dieser Stelle auf den unhaltbaren Zustand hingewiesen worden, daß die Veröffentlichungen des Internationalen Arbeitsamtes offiziell nur in französischer und englischer Sprache erscheinen. Während in den offiziellen Amtssprachen die Veröffentlichungen einen Umfang von 5500 Druckseiten tragen, sind in deutscher Sprache im abgelaufenen Jahre 3300 Seiten erschienen, oder das Dreifache vom Jahre 1926. Wenn man den Fortschritt anerkennen muß, so möchten wir doch keinen Augenblick einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß alles nur ein Rotbehelf ist. Es ist auf die Dauer eine Unmöglichkeit, daß man internationale Politik macht und dabei die deutsche Sprache als wohlgeleiteten Armen behandelt. Internationale Sozialpolitik kann

nur mit den Massen der Arbeiter

gemacht werden. Das wird sich, wir wollen es hoffen, besonders in den nächsten Jahren erweisen. Zu den Trägern der Sozialpolitik unter der Arbeiterschaft der ganzen Welt gehört aber vor allen Dingen die Arbeiterschaft in Deutschland und in den deutschsprachigen Ländern.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Am Montag wurde in Nimes in Anwesenheit von 142 Delegierten, die zehn Länder vertreten, der 18. Kongreß des Internationalen Bergarbeiterverbandes von seinem Präsidenten Herbert Smith eröffnet. Smith wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß hauptsächlich zwei Fragen die Debatte beherrschten, nämlich 1. die der Pensionen für die Bergarbeiter und 2. die der Rationalisierung der Bergwerke.

Der Vorsitzende der deutschen Delegation forderte eine internationale Untersuchung über die Ursachen der Stocung im Kohlenabfuhr und die dadurch bedingte Notlage der Bergarbeiter. Eine solche Untersuchung stelle zwar keine Heilmittel dar, aber sie könne nützlich darüber aufklären, wo die Hebel zur Besserung anzusetzen seien. Der tschechoslowakische Delegierte wahl bekämpfte diesen Vorschlag. Eine Untersuchung dieser Art könnte keine neuen Tatsachen als die schon längst bekannten zutage fördern.

Der holländische Delegierte Vanderbelt und der englische Delegierte Cool dagegen unterstützten den deutschen Vorschlag. Cool gab einige Gründe an, die nach seiner Ansicht zur Einschränkung des Kohlenverbrauchs geführt haben, vor allem die Einschränkung der Dampferzeugung und die Verbesserung der Heizapparate. Für eine Besserung herbeizuführen, forderte er in erster Linie die Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen in allen kohlerzeugenden Ländern sowie die Propagierung des Kohlenkonsums in den Ländern, die bisher weniger Kohle brauchten.

Nimes, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Der Internationale Bergarbeiterkongreß nahm am Dienstag nach einer gründlichen Debatte zu dem Problem der internationalen Kohlenregelung eine Entscheidung an, in welcher das Internationale Arbeitsamt aufgefordert wird, eine Weltkonferenz einzuberufen. Diese Konferenz soll sich mit dem internationalen Kohlenproblem befassen. Die Konferenz forderte außerdem die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und protestierte gegen jede Revision.

Tagung der Eisernen Internationale.

London, 29. Mai. (Eigenbericht.)

In London trat am Dienstag das Zentralkomitee der Internationalen Vereinigung der Metallarbeiter zu einer mehrtägigen Sitzung zusammen, in der unter anderen wichtigen Fragen auch die Achtstundentagkonvention zur Sprache kommen soll. Das Komitee beschäftigte sich am Dienstag mit der Frage des Pflichtbeitrags der Landesgewerkschaften im Falle von schweren Kämpfen mit internationaler Bedeutung.

Da die der Internationale angeschlossenen britischen Gewerkschaften infolge ihrer unglücklichen Lage nicht in der Lage sind, im gegenwärtigen Augenblick eine solche weitere finanzielle Verpflichtung einzugehen, wird dieser Pflichtbeitrag zunächst nur für diejenigen angeschlossenen Gewerkschaften in Geltung treten, die sich für die Einführung des Pflichtbeitrages ausgesprochen haben. Es handelt sich hier um die überwältigende Mehrheit der Metallarbeitergewerkschaften.

Das Zentralkomitee beschloß ferner, der Pariser Zentrale des italienischen Metallarbeiterverbandes auf zwei Jahre jährlich 3000 Schweizer Franken zu überweisen.

Ein klare Entscheidung.

Die Gewerkschaftszentralen in Dänemark und Schweden haben es abgelehnt, mit dem Norwegischen Gewerkschaftsbund zusammenzuarbeiten, solange dieser nicht dem IGB. angeschlossen ist.

Hoffentlich führt dieser Beschluß mit dazu, daß die Gewerkschaften in Norwegen das jahrelange Hin- und Herpendeln zwischen Moskau und Amsterdam bald aufgeben und sich zu dem Entschluß durchringen, dem IGB. wieder beizutreten.

Die neuen Arbeitsämter.

Der Kreis ihrer Aufgaben.

Durch die Beschlüsse des Vorstandes der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Abgrenzung der künftigen Arbeitsämter sind nunmehr auch die Voraussetzungen für eine baldige Eingliederung der öffentlichen Arbeitsnachweise in die Reichsanstalt geschaffen. Der nächste „Reichs-Arbeitsmarkt-Anzeiger“ wird ein Verzeichnis der neuen Arbeitsämter bringen.

Damit sie sobald wie möglich in Funktion treten können, ist eine schnelle Bestellung der Verwaltungsausschüsse notwendig. Die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bestellt der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes auf Grund von Vorschlagslisten ihrer wirtschaftlichen Organisationen. Vorschlagsberechtigt sind aber nur tariffähige Organisationen. Das Landesarbeitsamt hat die Vorschläge durch öffentliche Bekanntmachung in ortsüblicher Weise einzufordern. Für die Bestellung ist die Reihenfolge in jeder Vorschlagsliste maßgebend.

Mit der Errichtung der neuen Arbeitsämter ist zunächst nur die territoriale Gliederung der Reichsanstalt beendet. Der seitende Gesichtspunkt bei der Abgrenzung der Arbeitsamtsbezirke war, Arbeitsämter zu schaffen, die möglichst weitgehende Ausgleichsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt in sich schließen, Arbeits- und Wohngebiete möglichst zusammenfassen und durch die Größe ihres getrennten Aufgabengebietes in jeder Beziehung ein qualitativ hochwertiges Arbeitsamt ermöglichen.

Ob das in allen Fällen gelungen ist, kann in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben. Bisher wird das kritische Auge in der räumlichen Ausdehnung mancher Arbeitsämter erheb-

liche Mängel feststellen. Man kann aber, selbst bei einer völligen Außerachtlassung politischer Grenzen von Stadt- und Landkreisen, über das, was das Befehl Berücksichtigung wirtschaftlicher Zusammenhänge nennt, sehr geteilter Meinung sein. Im ganzen wird jedoch die räumliche Gliederung der Reichsanstalt weit zweckvoller sein, wie die alte Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Doch die beste bezirkliche Abgrenzung allein tut's nicht. Sie ermöglicht nur ein qualitativ hochwertiges Arbeitsamt. Dazu gehört neben einer guten räumlichen Unterbringung und technischen Ausrüstung: Ausbau der Arbeitsvermittlung durch differenzierte Fachvermittlung und Ausbau der Berufsberatung. Erst in der richtigen Lösung dieser Aufgaben wird die Reichsanstalt ihre Überlegenheit gegenüber der alten Organisation erweisen müssen. Sie wird es nur dann, wenn in ihr Menschen am Werk sind, die erfüllt sind von der Größe ihrer sozialen Aufgabe.

Streik bei Mig & Genest.

In der Montageabteilung, Bülowstr. 66, ist gestern ein Streik wegen Lohndifferenzen ausgebrochen.

Zur Achtstundentagdebatte.

Genf, 29. Mai. (Eigenbericht.)

Anlässlich eines Presseempfangs prophezeite der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, eine Achtstundentagdebatte auf der kommenden Arbeitskonferenz. Thomas sieht aber in der Frage des Achtstundentages absolut optimistisch. Kein Staat von Bedeutung könne sich heutzutage der moralischen Verpflichtung der Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit entziehen. Je mehr man die praktischen Verhältnisse der einzelnen Länder unterführe, um so mehr ergebe sich, daß der Achtstundentag, trotz des Nichtauftretens des Washingtoner Abkommens, immer vollkommener eingeführt werde. Trotzdem sei die Durchführung einer internationalen Achtstundentagkonvention absolut notwendig, da nur sie den Arbeitern die internationale Garantie dafür geben könne, daß die achtstündige Arbeitszeit in Zukunft und in aller Welt bestehen werde. — Bis jetzt haben 48 Länder Beteiligungen zur Arbeitskonferenz entsandt.

Drei Bergbauschiedsprüche für Oberschlesien.

Von den Unternehmern abgelehnt.

Während die Arbeitsgemeinschaft der oberschlesischen Bergarbeiterverbände die Annahme der Schiedsprüche beschlossen hat, beschloß der Arbeitgeberverband am Dienstag, die drei Schiedsprüche vom 22. Mai für den Kohlen- und Erzbergbau abzulehnen.

Die Arbeiterorganisationen haben daraufhin den Antrag gestellt, die Schiedsprüche für verbindlich zu erklären. Die Vorverhandlungen über diesen Antrag sollen bereits morgen Donnerstag gepflogen werden.

Mitgliederzunahmen in Oesterreich.

Die durch den Krieg und die außergewöhnlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit so hart getroffene österreichische Gewerkschaftsbewegung meldet wieder steigende Mitgliederzahlen. Laut offiziellen Angaben der österreichischen Gewerkschaftskommission umfaßte die Bundeszentrale Ende 1927 597 771 Männer und 174 991 Frauen, d. h. insgesamt 772 762 Mitglieder. Die Zunahme des Gesamtbestandes gegenüber Ende 1926 beträgt 16 370 Mitglieder.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Mittwoch, 10½ Uhr, tagen die Gruppen: Bauhilfenweg: Gruppenheim Gr. 16. Leitend: Das Mädchen in der Jugendbewegung. — Eichen, Schwefel: Gruppenheim Eichenweg: Gruppenheim Gr. 11 (Haberfeldstraße). Leitend: — Fahrtenberichte. — Reutlingen: Gruppenheim Reutlingen Gr. 20. Leitend: Fahrtenberichte. — Gewerkschaftsbewegung der Gegenwart. — Reichenberg: Gruppenheim Reichenberg, Gr. 10. Leitend: Die Jugendzeitschriften der Verbände. — Zentrum: Gruppenheim Zentrum Gr. 14. Leitend: Leitend: — Ein Grund zum Lachen. — Scharfplatz: ab 18 Uhr: Wedding-Sperrplatz: Sportplatz Große Wiese im Schillerpark.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelböler; Gewerkschaftsbewegung: J. Geyer; Reutlingen: A. S. Decker; Cöles und Sankt: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinauer & Co., Berlin, Eichenstr. 1. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Am 25. Mai 1928 verchied nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser herzgewohnter Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Fritz Schallhorn
im 55. Lebensjahre.
In tiefer Trauer und im Namen der Hinterbliebenen
Elisabeth Schallhorn
Berlin, 27. Mai, Kesseler Str. 12.
Die Einäscherung findet am 31. Mai, 13 Uhr, im Krematorium Baum-Schuldenweg, Rietzholzstraße, statt.

Die Beirung der Wiehe unserer lieben Mutter und Großmutter
Luise Steinkopf
findet am 31. Mai um 15 Uhr auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde statt.
Famill. Wilhelm Hansmann
Georg Fuchs und Frau
Görbe und Beipzig.

Verlangen Sie Sonder-Angebot
Waschmaschinen
Auch bis zu
18 Monatsraten
Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-123

Jeden Mittwoch
KINDER TAG
Extra billige Preise

Knab.-Spielkittel aus schön gemusterten Waschstoffen . . . von	0 95	Schulanzüge aus dunkel gemusterten Waschstoffen, Gr. 10-12, Mk. 2,50, Gr. 7-9	7 50
Waschanzüge gestreifte Bluse mit blauer Anknoöpfbox, 1 3/4 Jähr., von	3 00	Knabenleibchen- hosen aus halbbar- Stoffen, Gr. 10/12,	1 80
Waschanzüge - Matrosenform aus blau- weiß gestr. Stoff, Gr. 0, von	4 25	Mädchenmäntel Gr. 45-60, aus imprägnierten Stoffen von	6 25
Waschsamtanzug viele schöne Farben, Gr. 45 von	5 00	Windjacken imprägniert, für Mädchen und Knaben, Gr. 7-9 von	6 50

BAER SOHN & Co.
Berlin N 4, nur Chausseestr. 29-30

Berlin ohne „Güte“.

Ein Rundgang durch die Beratungsstellen.

Seit dem 1. Oktober 1927, dem Tage des Inkrafttretens des neuen Gesetzes, ist in Deutschland die Sittenpolizei verschwunden. Die inzwischen verfloffenen Monate gestalten natürlich noch kein abschließendes Urteil, wohl aber einen ersten Überblick über die bisherigen Wirkungen des neuen Gesetzes. Den Gesetzgebern war es von vornherein klar, daß mit der Gründung der Krankheitsbekämpfung auf Freiwilligkeit eine verstärkte Aufklärungs- und Beratungstätigkeit verbunden sein müsse. Die Gesundheitsämter der einzelnen Berliner Bezirke versuchen daher durch Vorträge, Plakate, Merkblätter usw. die Kenntnis der Verhütung und Heilung der Geschlechtskrankheiten in die breiten Volksschichten zu tragen. Wer glaubt, daß er von einer Geschlechtskrankheit befallen ist und sich eine privatärztliche Behandlung nicht leisten kann, soll umgehend die nächstgelegene städtische Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten aufsuchen. Diese Stellen behandeln auch solche Kranke, die keiner Krankenkasse angehören.

Beratungsstelle Neukölln.

Schon der erste Blick in die Räume der Beratungsstelle Neukölln beweist, daß der rote Stadtteil auch auf diesem Gebiet wieder einmal Vorbildliches geschaffen hat. Das Wartezimmer ist hell und freundlich, vom Tisch grüßt ein Blumenstrauß. Zwei große helle Räume für die Fürsorgerinnen sind da und zwei bläuliche, nach allen Erfordernissen der modernen Hygiene ausgestattete Behandlungszimmer, außerdem noch ein kleines Laboratorium. Die tägliche Besucherzahl in Neukölln beträgt durchschnittlich 30 Personen. Dazu kommen noch etwa 20 Kinder in der Kinderprechstunde, die von Schulpflege, Jugendamt und Familienfürsorge wegen irgendwelcher verdächtiger Anzeichen der Beratungsstelle überwiesen werden, von denen sich aber glücklicherweise nur etwa 1 Proz. als wirklich geschlechtskrank erweist. Eins von diesen unglücklichen Geschöpfen fühlt sich bei den „Lenten“ so wohl, daß es dort ständig Gast ist: ein stumpf und verwahrloht aussehendes Kind, das kaum 9 Jahr alt zu sein scheint, aber bereits 14 Jahre zählt. Eine lebendige Anfrage gegen die Gewissenhaftigkeit oder Unwissenheit seiner Erzeuger. Das Zusammenarbeiten mit den Behörden und sonstigen Fürsorgestellen des Bezirkes ist vorzüglich. Besonders interessiert natürlich die Einstellung der gewerkschaftlichen Prostituierten zu der Beratungsstelle: kommen sie freiwillig, nun wo kein Polizeizwang mehr drohend hinter ihnen steht? Ärztin und Fürsorgerin versichern übereinstimmend, daß sie fast reiflos sich regelmäßig zur Behandlung einfinden, daß nur in einem einzigen Falle Zwangsbehandlung nötig war. Die Mädchen sind im Gegenteil froh, eine Stelle zur Pflege ihrer Gesundheit zu wissen. Die „Kundschott“ dieser Mädchen rekrutiert sich in Neukölln vorwiegend aus gelehten Chemikern des Kleinbürgertums. Bei schwangeren Siphilitikerinnen kann man durch rechtzeitige Behandlung erreichen, daß das Kind gesund zur Welt kommt. Aus diesem Grunde belohnt die Stadt Wien jede Schwangere, die sich auf Siphilitis unterziehen läßt, durch eine kleine Geldprämie. Wenn das in Deutschland auch nicht der Fall ist, sind doch durch die mit dem neuen Gesetz verbundene Propaganda die meisten schwangeren Kranken der Beratungsstelle, oder dem Ambulatorium zugeführt worden. Von dem Recht der Mitteilung an Ehegatten, Verlobte und Eltern macht man nur in alleräußersten Fällen Gebrauch; das Vertrauensverhältnis zum Patienten soll möglichst erhalten bleiben. Der Anzeigenbetrieb dagegen ist in Neukölln sehr reger, es gehen durchschnittlich täglich sieben Anzeigen ein, die allerdings nicht immer der Wahrheit entsprechen. Unentgeltliche Schuttmittelausgabe steht in Neukölln unmittelbar bevor. Die Propaganda betreibt das Gesundheitsamt durch ausführende Vorträge.

Im Westen.

Die Beratungsstelle ist erst seit dem 1. Oktober eröffnet worden, obgleich im westlichen Vorstadtviertel sicher auch früher schon Bedarf vorhanden gewesen wäre. Sie wird von zwei würdigen, älteren Herren geleitet, eine Herrin gibt es hier nicht. Da die Männer

meist nur zur Beratung, das weibliche Publikum, ganz überwiegend Prostituierte, zur Behandlung kommen, hat sich praktisch, nicht offiziell, eine Trennung nach Geschlechtern durch Verteilung auf verschiedene Sprechzeiten angebahnt. Für männliche und weibliche Patienten sind getrennte Warterräume vorhanden, außer dem Behandlungszimmer gibt es noch den Aufnahmeraum, in dem auch die Fürsorgerin sitzt, und einen Behandlungsraum für Hautkrankheiten. Die Besucherzahl beträgt etwa 25 Personen täglich. Kinder werden dort gar nicht behandelt, Kinderjünglinge selten. Im Gegensatz zu Neukölln gehen wenig Anzeigen ein, davon kaum jemals eine anonyme —, die meisten erweisen sich als berechtigt. Eine besondere Propagandatätigkeit für die Stelle wird nicht entfaltet. Schuttmittel werden unentgeltlich ausgegeben, aber wie der Arzt sagte, wenig verlangt. Die freundliche Fürsorgerin erzählt, daß die meisten Prostituierten sich willig und regelmäßig zur Behandlung einfinden. Die Aufhebung des Kuppelvertrages und Beschränkung der Strafbarkeit auf wucherische Ausnutzung der gewerblichen Unzucht hat jedoch noch kaum praktische Wirkungen gehabt. Nach wie vor zahlen die Mädchen die alten Rieten weiter, obgleich sie das neue Gesetz kennen, aber es ist ihnen bequemer, bei den alten Kuppelmännern wohnen zu bleiben.

Rund um den „Alex“.

Man kommt zunächst in den in einem langgestreckten, viel zu engen Korridor untergebrachten Aufnahme- und Wartebereich mit Fürsorgerin und mehreren Hilfspersonen. Hier herrscht Hochbetrieb, man kommt und geht, stößt sich und drängt sich in der engen Passage aneinander vorbei, Lärmen, Murren, weißblistete Gestalten tauchen auf. Es kommen etwa 150—200 Besucher. Glücklicherweise sind nicht alle geschlechtskrank. Besonders nach einem aufklärenden Vortrage des Hauptgesundheitsamtes ist der Zustrom stark. Jedenfalls ist es eine erfreuliche Nebenwirkung des Gesetzes, daß auch harmlosere Leiden beachtet und rechtzeitig behandelt werden. Unter der enormen Besucherzahl befinden sich nur 20—30 Männer. Der Rest besteht fast ausschließlich aus Prostituierten. Kinder werden dort nicht behandelt, sondern dem Vorgesetzten zugewiesen. Zwei bis drei Anzeigen gehen täglich ein. Selten nur ist eine anonym. Weist sind sie berechtigt. Eine Mitteilung an Angehörige läßt sich nicht immer vermeiden, sie wird aber in der schonensten Form vorgenommen. Der leitende Arzt hat den Sinn des neuen Gesetzes erfaßt! Vorbeugen ist ihm wichtiger als Heilen, deshalb werden Schuttmittel auch unentgeltlich ausgegeben; die Prostituierten bekommen unentgeltlich Schuttmittel und werden medizinisch aufgefüttert, um sich gegen Ansteckung zu schützen. Das Zusammenarbeiten mit den Mädchen vollzieht sich reibungslos, sie stellen sich regelmäßig zur Untersuchung und befolgen die ärztlichen Anordnungen. Wichtig ist nur die noch von früher her gegebene Lage der Beratungsstelle im Polizeipräsidium, weil dadurch der freiwilligen Beratung und Behandlung immer etwas Unerschuldes anhaftet. Die Ueberweisung in Räume des Hauptgesundheitsamtes ist daher vorgezogen. Gerade am Alexanderplatz legt man den größten Wert auf das Prinzip der Freiwilligkeit. Fälle von Zwangsbehandlung sind nur vereinzelt vorgekommen. Hat ein Mädchen keine feste Wohnung, so kommt sie sofort in ein Krankenhaus, andernfalls wird es durch die Fürsorgerin überbracht. Ist es finanziell bedürftig, so erhält es auf Antrag eine Unterstüzung.

Die ersten Folgen des Gesetzes.

Unterstützt wird die Tätigkeit der Beratungsstellen durch die Desinfektionsstellen in den Rettungswagen, wo auch Schuttmittel unentgeltlich ausgegeben werden. Die Berliner Bevölkerung ist im großen und ganzen mit dem Inhalt des Gesetzes gut vertraut. Im ersten Vierteljahr der Gesetzeswirksamkeit gingen etwa 1000 Anzeigen ein, die sich gleichmäßig auf Männer und Frauen verteilten — bei den Frauen war die Hauptursache eine aufgehobene Verlobung —, wovon sich 90 Prozent als berechtigt erwiesen. Die Namen der 4000 eingeschriebenen Prostituierten wurden vom Polizeipräsidium dem Hauptgesundheitsamt übergeben, das sie zur Kartotafel aller vor kommenden Geschlechtskrankheiten verwendet und die Mädchen aufforderte, sich alle vierzehn Tage auf der Beratungsstelle oder beim

Privatarzt untersuchen zu lassen. Die Erfahrungen sind, wie dies auch in den Zukunften der angeführten Beratungsstellen zum Ausdruck kommt, durchweg günstig, denn die Mädchen haben begriffen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, sich gesund zu erhalten. In die Stelle der früheren Sittenpolizei sind 140 neue Ordnungsbeamte getreten, die für unsittliche, trotz Ablehnung fortgesetzte Bestrafungen auf der Straße für Männer und Frauen zuständig sind. Dieses Aufgabengebiet wird zunehmend der weiblichen Polizei übertragen.

Abschließend also läßt sich sagen, daß das neue Gesetz, das in erster Linie auf die Initiative der Sozialdemokratie zurückgeht, sich ausgezeichnet bewährt hat. Die Zunahme der Behandlungsfälle bedeutet keineswegs Zunahme der Erkrankungen, sondern sie sind ein Erfolg der äußerst rührigen Volksaufklärung. Straßen findet das Gesetz nur für den Fall der wissenschaftlichen Uebertragung der Geschlechtskrankheit, sonst ist alles auf freie Entschliebung, schmissensfalls zwangsweise Behandlung gestellt. Verschwunden ist der Polizeistruktur, der früher erbarmungslos und roh gegen das geachtete Freiwild der Straße geschwungen wurde. An der Bevölkerung selber liegt es nun, den Sinn des Gesetzes, das eine hervorragende Kultur der Republik darstellt, ganz zu erfüllen.

Der Raubmord auf der Spur des Mörders.

Der heimtückische Raubmord, dem in den frühen Morgenstunden des 30. April der Kontrollwächter William Sellenthin auf der S-Bahn zum Opfer fiel, beschäftigt noch die Mordkommission der Kriminalpolizei. Durch mehrfach wiederholte Aufrufe in der Tagespresse und im Rundfunk ist es schließlich gelungen, die Führer und Insassen der drei Kraftwagen, die kurz vor dem Verbrechen die Ausos von der Süd- zur Nordkurve hin durchfuhren, zu ermitteln.

Die drei Wagen wurden noch von dem Ermordeten Sellenthin abgefertigt. Nach den unabhängig voneinander abgegebenen Aussagen dieser Zeugen steht nunmehr einwandfrei fest, daß der Wächter zu jener Zeit nicht allein gewesen ist. Innerhalb der Ausos vor dem Torbogen, in dem der Dienstraum des Wächters liegt, ist während der Abfertigung der drei Autos ein Mann beobachtet worden, der von den Zeugen teils für einen Angestellten der Ausos, teils für einen Bekannten des Sellenthin gehalten wurde. Er sah der Abfertigung der Kraftwagen scheinbar teilnahmslos zu. Seinem ganzen Verhalten nach schien er nicht ein Chauffeur oder dergleichen zu sein. Er wird übereinstimmend beschrieben als etwa 30 Jahre alt, 1,65 bis 1,70 Meter groß und anscheinend kräftig gebaut, mit vollem Gesicht und mittelblondem Haar. Bekleidet war er mit einer Art blauer Seglermütze, dunklem Jackettanzug mit langer Hose, Kragen und Schlips. Die Beschreibung dieses Mannes ist die wichtigste Spur, die die Kriminalpolizei in der Verfolgung der Mordtatsache bisher gewonnen hat. Das Gebaren des Unbekannten ließ darauf schließen, daß er mit Sellenthin bekannt war und daß die Abfertigung der Wagen ihm kein besonderes Interesse entfaltete. Da trotz aller Aufforderungen dieser Mann sich bisher als Zeuge nicht gemeldet hat, so muß er unter den gegebenen Umständen mit der Ermordung des Kontrollwächters in Zusammenhang gebracht werden.

Angaben, die zur Ermittlung seiner Person dienen können, werden unter Zusage vertraulicher Behandlung und unter Hinweis auf die ausgelegte Belohnung von 2000 Mark an die Mordkommission Sellenthin im Zimmer 102 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 435, erbeten. — Wünschenswert wäre es auch, wenn sich die Führer und Insassen zweier Personentransportwagen melden, die in der Mordnacht gegen 3 1/2 Uhr die Ausos in Südrichtung befuhren und den oben erwähnten drei Kraftwagen auf der Bahn begegneten. Durch ihre Aussagen kann vielleicht die Beschreibung des Unbekannten in wichtigen Punkten so ergänzt werden, daß seine Ermittlung beschleunigt wird.

Die städtischen Rettungstellen wurden im Monat April 1928 in 11460 Fällen in Anspruch genommen. Das Rettungszamt führte 5499 Krankentransporte aus.

Jack London: Wolfsblut.

In der Nacht, als alles stille war, dachte Wolfsblut traurig an seine Mutter, und er trauerte so laut um sie, daß der Graue Biber aufwachte und ihn schlug. Darauf tat er es leise, und nur wenn niemand in der Nähe war. Oft, wenn er sich allein am Saume des Waldes befand, machte er seinem Kummer in langgezogenen, winselnden Klageklängen Luft.

Zu solchen Zeiten hätte er vielleicht den Erinnerungen an die Höhle am Fluß nachgegeben, und wäre in die Wildnis zurückgekehrt, wenn die Erinnerung an die Mutter ihn nicht zurückgehalten hätte. Wie aber die Jäger, die auszogen, zurückkamen, so würde auch sie einst ins Dorf zurückkehren. Also blieb er in der Knechtschaft und wartete auf sie.

Aber nicht immer machte seine Abhängigkeit ihn unglücklich. Es geschah viel um ihn her, was ihn interessierte, es gab viel Abwechslung, viel Selbstwert, was die Menschen taten, und wo er immer neugierig zuschaute. Auch lernte er, wie er sich dem Grauen Biber gegenüber zu verhalten hätte. Strenger, unbedingter Gehorsam, das war es, was dieser von ihm verlangte, und leistete er den, so bekam er keine Schläge und seine Gegenwart wurde geduldet. Manchmal jedoch warf ihm der Graue Biber sogar ein Stück Fleisch hin und beschloß ihn, wenn er es fraß, gegen die andern Hunde. Ein solches Stück Fleisch war mehr wert als ein ganzes Duzend ähnlicher aus der Hand einer Indianerin. Zwar streichelte und liebkoste der Graue Biber ihn nie, dennoch knüpfte sich ein gewisses Band der Anhänglichkeit zwischen ihm und seinen mürrischen Herren, sei es, daß seine gewichtige Hand oder sein Sinn für Gerechtigkeit, oder die bloße, ihm gehörende Macht, oder all dies zusammen Wolfsblut beeinflusste.

So wurden ihm allmählich und unmerklich durch die Kraft des Stoßes, des Steines und den Schlag der Hand die Fesseln der Knechtschaft immer enger angelegt. Die Eigenschaften seiner Gattung, die sie zum Feind der Menschen machten ließ, waren einer Entwicklung fähig, und so wurde auch ihm das Leben im Lager der Indianer, so sehr es oft auch voller Elend für ihn war, immer lieber. Nur daß er sich dessen nicht bewußt war, daß er immer noch Kummer um

hegte, während er eine verzehrende Sehnsucht nach dem freien Leben empfand, das er einst geführt hatte.

3.

Der Ausgestoßene.

Liplips Verfolgungen verdüsterten Wolfsbluts Leben auch weiterhin und machten ihn wilder und börsartiger, als er es von Natur gewesen wäre, so daß er sich sogar bei den Menschen eines bösen Rufes erfreute. Wo es im Lager Lärm oder Aufruhr gab, wo man sich zankte und stritt oder eine Indianerin laut über ein Stück Fleisch, das ihr gestohlen war, schalt, da konnte man sicher sein, daß Wolfsblut entweder die Ursache des Spektakels oder doch dabei beteiligt gewesen war. Man nahm sich nicht die Mühe, nach den Gründen seines Verhaltens zu forschen, man sah nur, daß es schlecht sei, daß er ein Schleicher und ein Dieb, ein Unruhestifter und Heher wäre, und zornige Frauen sagten es ihm ins Gesicht, während er sie unermüdet anschaute, immer vor einem Wurfgeschloß auf der Hut, daß er ein richtiger Wolf und gar nichts wert sei, und daß es mit ihm einmal ein schlimmes Ende nehmen würde.

Mitten in dem dicht besetzten Lager war er also ein Ausgestoßener. Alle jungen Hunde folgten Liplip als ihrem Führer, vielleicht weil sie den Unterschied zwischen sich selber und Wolfsblut fühlten, weil sie seine Herkunft aus dem wilden Walde witterten und die Feindschaft gegen ihn empfanden, die der Haushund gegen den Wolf hegt. Doch sei dem, wie ihm wolle, sie schlossen sich alle Liplip in der Verfolgung Wolfsbluts an, und da sie diesem einmal den Krieg erklärt hatten, so fanden sie bald guten Grund, dabei zu bleiben. Ein jeder bekam dann und wann Wolfsbluts Zähne zu fühlen, denn er gab — zu seiner Ehre sei es gesagt — mit Zinsen zurück, was er empfangen hatte. So manchen hätte er im Einzelkampf besiegen können, allein ein solcher war ihm verlag, da der Anfang dazu für alle jungen Hunde des Lagers das Signal war, herbeizulaufen und über ihn herzufallen.

Aber er lernte durch diese Verfolgungen, sich im Massenkampfe zu behaupten und dem einzelnen in kürzestem Zeitraum so viel Schaden als möglich zuzufügen. Inmitten der feindseligen Menge auf den Füßen zu bleiben, hieß sich das Leben bewahren, und das lernte er schnell, und in dieser Hinsicht war er geschmeidig wie eine Kugel. Selbst ausgewachsene Hunde vermochten mit dem Gewicht ihrer schweren Körper ihn nur vorwärts oder rückwärts zu schieben, aber, geschoben oder geschleift, immer kamme er die Beine fest gegen die Hintler Gebe.

Wenn Hunde miteinander rauen, so gibt es vor dem eigentlichen Kampf erst noch Plänkereien. Sie knurren sich an, sträuben das Haar empor, geben mit steifen Beinen einher, doch Wolfsblut lernte, diese Vorbereitungen zum Kampf auszulassen, denn eine Zögerung hieß für ihn, den Ansturm aller jungen Hunde auf sich zu ziehen. Schnell mußte er tun, was er tun wollte, und dann wegspringen. So lernte er, kein Warnungszeichen für seine Absichten zu geben. Er stürzte zu, schnappte und biß, alles im nämlichen Augenblick, bevor noch der Feind sich zur Gegenwehr setzen konnte, und so lernte er den Wert des unerwarteten Ueberfalls schätzen. War ein Hund nicht auf der Hut, so wurde ihm die Schulter aufgeschliffen, das Ohr zerrissen, bevor er noch wusste, daß er besiegt worden war. Auch war es viel leichter, einen Hund, den man unbemerkt überfiel, umzuwerfen und der unbeschützten Stelle unten am Hals beizukommen, der Stelle, die tödlich verwundbar ist. Wolfsblut kannte sie, das war eine Kenntnis, die ihm seine Vorfahren vermachte hatten. Doch da er noch nicht ausgewachsen war, so waren seine Kinnladen nicht stark genug, um den Angriff auf den Hals zu einem tödlichen zu machen. Dennoch ließ manch junger Hund im Lager mit zerbissemen Hals umher, zum Zeichen, welche Absichten Wolfsblut gehabt hatte, und als er eines Tages einen der Feinde allein am Saum des Waldes antraf, da glückte es ihm dadurch, daß er ihn mehrmals umwarf, die große Aber am Hals endlich durchzubeißen und ihm das Lebenslicht auszublases. An dem Abend gab es im Lager großen Lärm, Wolfsblut war gesehen und die Kunde von seiner Missetat dem Herrn des getöteten Hundes hinterbracht worden. Die Frauen erinnerten sich dabei an all das Fleisch, das er ihnen entwendet hatte, und der Graue Biber mußte ihr ärgerliches Geschrei über sich ergehen lassen. Aber er stand unbewegt in der Tür seines Wigwams, wohin sich der Uebelthäter geflüchtet hatte, und weigerte sich, ihn der Rache seiner Stammesgenossen auszuliefern.

So war Wolfsblut sowohl von den Hunden wie von den Menschen gehaßt. Keinen Augenblick war er seines Lebens sicher, denn der Zahn eines jeden Hundes, die Hand eines jeden Menschen, war gegen ihn. Er wurde von seiner Gattung mit Geknurr, von den Menschen mit Flüchen und Steinen begrüßt. Er lebte in fortwährender Aufregung, immer auf einen unerwarteten Angriff, auf ein schnelles Wurfgeschloß gefaßt, immer bereit, schnell und kaltblütig zu handeln, um entweder mit blitzenden Zähnen loszustürzen oder mit drohenden Knurren wegzuspringen.

(Fortsetzung folgt.)

Die „Italia“ schweigt! Schlechte Ausichten für Eisbergexpeditionen.

Die Nachrichten von einer Landung der „Italia“ sind bisher noch nicht bestätigt worden. Zwar hat man immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben, daß es Nobile und seiner Mannschaft gelungen sei, das schlimmste abzuwenden. Jedoch läßt die Tatsache des überaus langen Schweigens jetzt das schlimmste befürchten. Der Zeitpunkt für das Vordringen in die Polgegend ist gerade jetzt ohne ausreichende Vorbereitung äußerst gefährlich. So werden auch die Veruche des Hilfschiffes der italienischen Expedition, der „Citta di Milano“, in Spitzbergen selbst für aussichtslos gehalten. Man glaubt, daß das Packeis jedes weitere Vordringen unmöglich machen wird. Alle Meldungen bestätigen, daß die Witterung außerordentlich schlecht ist, und daß vor allem dichter Nebel jede Sicht verblüdet. Nichtsdestoweniger wird man versuchen, Nobile Hilfe zu bringen. So hat sich der norwegische Flieger Lühov-Holm in Tromsø bereits auf dem Luftschiff „Hobby“ mit seinem Flugzeug eingeschifft, um von Spitzbergen aus Erkundungsfahrten nach den Italienern anzutreten. Nach einer Meldung aus New York startete der Flieger Sabelli zum Flug nach Point Barrow in Alaska. Von dort aus will er sich auf die Suche nach der „Italia“ begeben. Sabelli erklärte vor seinem Start, daß er der Ansicht sei, daß der „Italia“ nur auf dem Luftwege Hilfe gebracht werden könne. Nach Mitteilungen italienischer Zeitungen hätte die „Italia“ drei Radiostationen an Bord, die ausgezeichnet funktionieren. Als Kraftquelle diente ein durch den Fahrstrom des Luftschiffes betriebener Generator. In der übrigen Zeit aber sollten sechs geladene Akkumulatorenbatterien benutzt werden. Man hatte selbstverständlich für die Bedienung der Sende- und Empfangsgeräte nur hervorragend ausgebildete Fachleute mitgenommen. Unter diesen Umständen erscheint das Ausbleiben der Nachrichten von Nobile immer bedenklicher.

Auto im Schaufenster.

Drei Personen schwer, eine leicht verletzt.

Auf dem Hindenburgdamm ereignete sich gestern nachmittags ein überaus schwerer Straßenunfall. Ein Privatauto geriet auf den Bürgersteig, überfuhr drei Personen und landete schließlich im Schaufenster eines Fahrradgeschäftes.

Der neunjährige Chauffeur Wilhelm Schulze, Hindenburgdamm 75, befand sich gegen 17 Uhr mit dem Privatauto seines Arbeitgebers auf dem Wege zur Garage. Er durchfuhr in ziemlich schnellem Tempo den Hindenburgdamm. Vor dem Hause Hindenburgdamm 51 verlor sich aus bisher noch völlig ungeklärter Ursache die Herrschaft über die Lenkung und raste auf den Bürgersteig. Zwei Passanten, die 68jährige Frau Augusta Bawerwerf, die gerade das Haus verlassen hatte, um Einkäufe zu besorgen, und die 45jährige Charlotte Baerwald wurden überfahren. Es gelang dem Fahrer auch jetzt noch nicht, seinen Wagen zum Halten zu bringen, und er fuhr mit unverminderter Tempo in das Schaufenster des Fahrradgeschäftes von Scharfe hinein. Das Innere des Ladens wurde völlig verwüstet und das fünf Monate alte Kind des Ladeninhabers, das in einem Kinderwagen hinter dem Ladentisch saß, wurde schwer verletzt. Auch Schulze, der erst aus dem Führer des völlig zertrümmerten Autos befreit werden mußte, hatte schwere Kopfverletzungen erlitten. Die Verunglückten wurden zur nächsten Rettungsstelle gebracht und von dort, mit Ausnahme des 45jährigen Mädchens, ins Bingenstr. Krankenhaus übergeführt.

Die zu Hilfe gerufene Feuerwehr war fast eine Stunde mit den Aufräumarbeiten beschäftigt und hatte alle Mühe, das Auto von dem Gewirr von Eisenträgern und umgestürzten Regalen auf die Straße zu ziehen.

Beim Ueberfahren des Fahrdammes in der Straße unter den Eichen am Aternplatz in Steglitz wurde die 25jährige Haushälterin Anna Barisch aus der Kamillenstraße von einem Motorradfahrer überfahren und lebensgefährlich verletzt. Die Verunglückte fand im Kreiskrankenhaus Lichterfelde Aufnahme.

Charlottenburger Kinderfürsorge.

Die fünfte Säuglings- und Kleinkinder-Fürsorgeanstalt Charlottenburgs, die vor zwanzig Jahren in dem nördlich der Spree gelegenen Industriequartier eröffnet wurde, hat jetzt ein neues Heim im Hause Kaiserin-Augusta-Allee 96 erhalten. Am Dienstag wurden die zwanzigjährige und freundlich eingerichtete Räume mit einer kleinen Feier eingeweiht, an der viele Vertreter städtischer Körperschaften teilnahmen. Stadtrat Dr. Oettinger erinnerte in seinen Begrüßungsworten an die vor einem Vierteljahrhundert unternommenen ersten Versuche Charlottenburgs, die Säuglinge in öffentlichen Fürsorgestellen durch Fachkräfte zu betreuen. Er gedachte der Verdienste des Stadtrats a. D. Samter und des Stadtrats a. D. Ministerialdirektor Dr. Gottstein, die auf diesem Arbeitsgebiet Führer gewesen sind. Dr. Rettner, der die fünf Fürsorgestellen seit ihrer Gründung bis heute geleitet hat, gab einen Überblick über ihre Entwicklung. Vor zwei Jahrzehnten begann die Fürsorge für ihre Arbeit in einem gemieteten Laden an der Ecke Mühlener und Taubenberger Straße, nach zwei Jahren stieß sie aus dem rasch zu eng gewordenen Laden in eine größere Wohnung der Kaiserin-Augusta-Allee über und jetzt hat sie in derselben Straße ein eigenes für sie geschaffenes Heim bezogen, das zu einer von der Bau-Gesellschaft Herstraße hier errichteten Wohnhausgruppe gehört. Dr. Rettner hob hervor, daß die Säuglingsfürsorgestellen stark an dem Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit beteiligt sind und gegenseitig gerückt haben. Die Fürsorgestellen haben in der Bevölkerung den Sinn für naturgemäße Ernährung und richtige Pflege des Säuglings geweckt. — An die Einweihungsfeier schloß sich eine Besichtigung der neuen Räume der Säuglings- und Kleinkinder-Fürsorgestellen und der in denselben Hause untergebrachten Krippe mit Tages- und Nachtbetrieb.

Biehwagen = 4. Klasse.

Ein „Vorwärts“-Leser schreibt uns: Als ich am ersten Pfingsttage auf der Station Leipzig-Groß-Köris den um 12 1/2 Uhr eintreffenden Fernzug zur Fahrt nach Berlin (Hörsing Bahnhof) benutzen wollte, bemerkte ich, daß den Fahrgästen der 4. Klasse ausschließlich Biehwagen zur Verfügung standen. Das Ein- und Aussteigen ermüdete vierstellige Trittleistern, und eine dicke Stange wurde vor die offene Tür gehängt. Sitzgelegenheit in Form von Bänken war allerdings vorhanden. Als ich meiner Verwunderung, in einem Biehwagen befördert zu werden, Ausdruck gab, erklärten mir die Beamten, daß die 4. Klasse-Bogen anderweitig gebraucht würden, da die Reichsbahn auf einen derartigen starken Verkehr angeblich nicht gerechnet hätte (???). Wie mir Mitreisende erzählten, ist schon die Abfahrt auf dem Görlitzer Bahnhof gegen 6 Uhr früh unter gleichen Verhältnissen erfolgt. Ich wundere mich außerordentlich, warum diese Biehwagen nicht auch für die Luxus- oder Badewägen verwendet wurden! Oder erstreben sich diese Herrschaften einer

Hinter den Kulissen der Industrie.

Heute Beginn des Stuttgarter Werkspionageprozesses.

Man erinnert sich noch des Aufsehens, das Anfang September v. J. die polizeiliche Absperzung und die damit verbundenen Beschlagnahmungen bei den Riebeck-Werken in Weissenhof verursacht hat. Es folgten Verhaftungen von Angestellten der „S.A.F. Norma-Werke“ in Stuttgart mit dem früheren Betriebsingenieur dieser Werke Karrer an der Spitze und Beschlagnahmungen in der schweizerischen Kugellagerfabrik Arbon. Eine große Werkspionageaffäre sei aufgedeckt worden, hieß es.

„S.A.F. Norma“ und Riebeck-Werke.

Heute werden sich vor dem Schöffengericht in Stuttgart wegen Vergehens gegen das Gesetz über unlauteren Wettbewerb, Diebstahls, Hehlerei neben Karrer einige Fabrikmeister und Werkzeugmacher der S.A.F. Norma-Werke und die Direktoren der Kugellagerfabrik Riebeck-Werke verantworten. Die letzteren nur wegen unlauteren Wettbewerbs. Die Gerichtsverhandlung wird einen Blick hinter die Kulissen der Industrie gewähren und wird zeigen, daß man unter Umständen selbst vor Verbrechen nicht zurückzuckt, wenn es gilt, der Konkurrenz Profit abzulugeln. Zur Vorgeschichte des Prozesses folgendes: Die Kugellagerfabrik „S.A.F. Norma“ in Stuttgart gehört dem schwedischen Streholmstorgon. Die Riebeck-Werke in Berlin-Weissenhof standen mit ihr in heftigem Konkurrenzkampf. Als die Eisenbahngesellschaft der S.A.F. Norma unter Umgehung der Riebeck-Werke einen großen Auftrag erteilte, trat diese aus der Konkurrenz aus und schwor ihrem Konkurrenten grimmige Feindschaft. Etwa 1 1/2 Jahre lang befanden sich die Riebeck-Werke unter Geschäftsaufsicht. Dann beschloßen die Direktoren Kahn und Rosenthal ein großes Reorganisationsprogramm und hielten Ausschau nach entsprechenden Kräften und Rekonstruktionen. U. a. traten sie auch mit dem Betriebsingenieur der S.A.F. Norma-Werke in Verbindung, ja selbst mit deren Chefkonstrukteur pflegten sie Verhandlungen.

Verrat von Betriebsgeheimnissen.

Karrer war bei den S.A.F. Norma-Werken seit 1919 beschäftigt. Im Herbst 1926 beschloß er, seine Stellung zu verlassen. Die schweizerische Kugellagerfabrik Arbon bot ihm 800 Franken Monatsgehalt gegenüber 650 M., die er bisher bezog. Die Riebeck-Werke stellten ihm gar ein Gehalt von 1200 Mark und eine monatliche Prämie von 600 Mark in Aussicht. Am 1. April 1927 gab Karrer, der bis dahin die Kontrolle der Arbeiten von 300 Mann unter sich hatte, seine Stellung bei der S.A.F. Norma auf und trat zu der Kugellagerfabrik Arbon über. Die Direktion der S.A.F. Norma-Werke verbot ihm, das Fabrikgebäude in Zukunft zu betreten. Bereits damals war der Verdacht aufgekommen, daß er Betriebsgeheimnisse an die Konkurrenz verrate.

besonderen Benozugung seitens der Reichsbahn? Lebensfalls wäre es sehr zu wünschen, daß in Zukunft die Reichsbahn sich rechtzeitig überlegte, wie sie ihre Biehwagen auf diezüge verteilt!

Die Nordpolflyer heute in Berlin!

Rundfunk überträgt die Empfangsfeierlichkeiten.

Die amerikanischen Nordpolflyer, Hauptmann Wilkins und Leutnant Giffels, treffen heute nachm. 4 1/2 Uhr mit dem Flugzeug von Kopenhagen auf dem Flugplatz Tempelhofer Feld in Berlin ein. Sie werden bei ihrer Ankunft von Vertretern der Reichs- und Staatsregierung und der Stadt Berlin begrüßt. Die Ankunft der Flyer auf dem Flugplatz sowie die Begrüßungsansprachen werden von der Funktunde in Berlin, dem Zwischensender Stettin und dem Deutschlandsender Königs-Wusterhausen durch Rundfunk übertragen.

„Idul-Idha“

Die indonesische Kolonie Berlins begeht, wie im Vorjahre, „Das Fest der Opfer“ (Idul-Idha) im Alexander-von-Humboldt-Haus in der Palanenstraße, wo bekanntlich das Islam-Institut und die „Al-Ikhsan“, eine arabisch-islamische Vereinigung, ihre Helme haben. Idul-Idha ist das große Fest der Gemeinschaft, an dem den Muslimen nach Möglichkeit immer wieder zum Bewußtsein gebracht wird, daß sie eine Weltgemeinschaft bilden, die über den Rassen steht, und daß der Islam international ist. Es ist zugleich das Fest der Pilgerfahrt, zu dem die Gläubigen aus allen Ländern der Welt nach Mekka strömen, wo sie am Tage vor dem Fest am Berge Arafat, dem „Berg der Bekanntheit“, beten. Die Pilger strömen dann mit dem Rufe „Allah, Allah“ (ich komme, ich komme) nach der Wohle von Minah, beten dort am Freitag selbst und bringen nach dem Gebet Schlachttiere zum Opfer. An diese Pilger denkt am Tage des Festes jeder Muslim, ganz gleich, an welchem Ort der Welt er selbst sich gerade befindet. Das Berliner Fest dauert vier Tage. Es steht unter der Leitung des Vorstehers des Islam-Instituts, Herrn M. R. I. Schalebi, der persönlich schon in Mekka war. Irgendwelche Auszeichnung tragen die Gesellschaftsräume des Alexander-von-Humboldt-Hauses nicht, doch fallen angenehm die ausgestellten Bilder des Orientmalers Basso Richter auf, der in all seinen Motiven, mag er sie nun in Tunis oder Marokko gefunden haben, das typisch Arabische festhält.

Ausbau der U-Bahn.

Nachdem bereits seit einigen Wochen der zweite Eingang zum Bahnhof Zoologischer Garten in Betrieb genommen ist, sind nunmehr die Bauarbeiten am Untergrundbahnhof Anie, bei dem der zweite Eingang an der Ecke Hardenberg- und Kneisebeckstraße eingebaut wird, soweit fortgeschritten, daß am vorhergehenden Termin, dem 1. Juni, auch dieser Eingang dem Verkehr übergeben werden soll. Im Untergrundbahnhof Anie waren genau wie am Zoo die Bauarbeiten durch Grundwasser, das sich immer wieder ansammelte, besonders erschwert. Gleichzeitig mit dem Einbau des zweiten Zuanges ist der Bahnhof architektonisch schöner ausgestaltet worden. Auch die Bahnsteige sind verlängert, damit der Schwamenzug, den die Untergrundbahnsgesellschaft einzuführen beabsichtigt, auch hier genügend Platz erhält.

In der Havel ertrunken.

In der Havel am „Großen Fenster“ ereignete sich gestern kurz vor 14 Uhr ein schwerer Badeunfall. Der Währinger Lehrling Ewald Mollenberg aus der Kaiser-Friedrich-Straße in Schöneberg hatte mit mehreren jungen Leuten einen Ausflug an die Havel unternommen. Am „Großen Fenster“ wurde beschloßen, zu baden. M. befand sich kaum wenige Minuten im Wasser, als er plötzlich unterging und ertrank. Der sofort herbeigerufene Reichswasserflug war mehrere Stunden erfolglos mit der Suche nach der Leiche des Ertrunkenen beschäftigt.

Einen tragischen Tod fand die 15jährige Erka Denk, manna aus der Berliner Str. 3 in Dahlewitz. Das Kind spielte auf dem Grundstücken des Großvaters in Walsdorf, im Waldsiedel 80/90, fiel unbedarft in einen Wasserlauf, der als Biehwagen diente, und ertrank. Als der Unfall von den Angehörigen bemerkt wurde, war es bereits zu spät. Die kleine Leiche wurde beschlagnahmt.

Einige Zeit darauf trat Karrer mit den Riebeck-Werken in Verbindung. Die mit den Direktoren Kahn und Rosenthal geführten Verhandlungen hatten die Bestellung von 18 Schulterschleifmaschinen bei den mit den Riebeck-Werken verbundenen Deutschen Riebeck-Werken zur Folge. Die Konstruktion zu diesen Maschinen lieferte Karrer. Es waren Durchspülungen, die von den S.A.F. Norma-Werken stammten. Zwölf Maschinen sollten die Riebeck-Werke, sechs die Kugellagerfabrik Arbon erhalten. Zu gleicher Zeit bestellten die Riebeck-Werke bei Arbon Werkzeuge. Auch in diesem Falle rührten die Skizzen und Pläne von Karrer her. Wie war er zu ihnen gekommen?

Eine Hausfuchung.

Karrer hatte bereits während seiner Dienstzeit bei der S.A.F. Norma es verstanden, durch Vermittlung von einigen Fabrikmeistern von den in Frage kommenden Arbeitern und sonstigen Angestellten eine große Anzahl von Tabellen, Skizzen, Durchspülungen von Konstruktionen und Werkzeugen zu erhalten. Die Belohnung, die er dafür zahlte, machte jedesmal etwa 50 M. aus. Nicht immer waren seine Veruche von Erfolg gekrönt. Witunter wußte seine Helfer tatsächlich nicht, daß es sich um Betriebsgeheimnisse handelte. In der Regel mußten sie es aber wissen. Die S.A.F. Norma hat selbstverständlich ein Auge auf ihre Angestellten, es konnte ihr nicht unbekannt bleiben, daß Karrer auch nach Verlassen Stuttgarts die Beziehungen zu seinen früheren Mitarbeitern aufrechterhielt, und als eines Tages bei einem der Angestellten eine Hausfuchung vorgenommen wurde, kam die Sache zum Klappen. Es zeigte sich, daß Karrer es verstanden hatte, eine große Anzahl von Betriebsgeheimnissen der S.A.F. Norma-Werke an die Konkurrenz zu verraten. Die 18 Schulterschleifmaschinen wurden gerade in dem Augenblick beschlagnahmt, als sie zusammengeleitet werden sollten. Karrer waren für seinen Freundschaftsdienst 1800 Mark versprochen. Natürlich wäre er bei den Arbon-Werken auf seine Kosten gekommen. Die Riebeck-Werke glaubten aber nun, daß sie die verbotene Konkurrenz schlagen würden.

Karrer bestreitet, Betriebsgeheimnisse verraten zu haben. Er leugnet nicht, sich der Hehlerei oder gar des Diebstahls schuldig gemacht zu haben. Für alle Fälle war er es, der aus dem Innern der Arbeiter und Fabrikmeister in Verbindung geführt und stellunglos gemacht hat. Auch die Direktoren Kahn und Rosenthal wußten nicht gewußt haben, daß die Konstruktionen, Skizzen, Apparate und Werkzeuge auf unrechtl. Weise erworben gewesen seien. Die ganze Verantwortung schieben sie dem technischen Direktor Ulrich zu. Die Staatsanwaltschaft behauptet jedoch, daß dieser im Auftrage jener gehandelt habe. Ja, selbst sein Chefkonstrukteur der Norma-Werke hatte er fahren lassen, um ihn um Erläuterungen zu den neuen Schulterschleifmaschinen zu bitten. Er hatte sich geweigert, dies zu tun. Von den Angeklagten befindet sich allein der Ingenieur Karrer in Haft. Der Prozeß wird längere Zeit in Anspruch nehmen.

Einbrecher auf Urlaub.

Das gestörte Mittagmahl.

Ein herabstürzender Einbrecher wurde von der Kriminalpolizei nach langem Suchen wieder gefangen. Es handelt sich um einen gewissen Reinhold Teisch, der sich zunächst als Konfessionseinbrecher betätigte.

Am Februar d. J. wurde dieser gefährliche Verbrecher bei einem Einbruch in eine Weberei in der Tempeliner Straße überrascht. Es kam damals auf dem Dach zu einer großen Schieberei. Sie endete damit, daß Teisch von Schupobeamten übermäßig und festgenommen wurde. Zunächst hatte er sich jetzt für einen großen Einbruch zu verantworten, den er mit einer halbbrecherischen Meister über die Dächer von der Dorochsenstraße her bei einem Schneidermeister unter den Linden verübt hatte. Teisch erhielt dafür 2 1/2 Jahre Gefängnis. Nach kurzer Zeit wurde er aus der Strafanstalt beurlaubt und kehrte nicht wieder zurück. Seitdem legte er sich auf den Einbruch in Radlogeheime. Wie früher von den Dächern her, drang er jetzt aus den Kellern durch die Decke in die Geschloßräume vor. Nicht weniger als acht große Einbrüche dieser Art kommen auf sein Konto. Der Verbrecher vermittelte es sorgfältig, seine Radiobeaute in Berlin selbst anbieten zu lassen. Er setzte sich mehrmals mit Hausierern in Verbindung, die die Apparate für ihn auf dem Lande vertrieben. Jetzt fanden Kriminalbeamte den Diebstahl in einem Lokal in der Ackerstraße, wo er gerade beim Mittagessen saß. Sie nahmen ihn überraschend fest und brachten ihn nach dem Polizeipräsidium. Voraussichtlich wird er jetzt wohl nicht so bald wieder „Urlaub“ bekommen.

Er revidierte die Taschen...

Die rätselhaften Briefdiebstähle auf dem Potsdamer Rechnungshof waren jetzt Gegenstand einer Vernehmung vor dem erweiterten Schöffengericht. Ein heruntergekommener Mensch, hohläugig und unterernährt, steht in der Anklagebank. Es ist der 57jährige Kaufmann Karl W. aus Berlin. Ihm wird fortgesetzter Diebstahl zur Last gelegt. Er hat eine gute Erziehung genossen, ergab sich aber dem Trunk und verkehrte viel mit zweifelhaften Mädchen. Als Potsdamer Kuraffier erlitt er im Kriege eine Kopfverletzung und schließlich brach er durch ein Augenleiden gänzlich zusammen. Vor zwei Jahren stahl er im Reichsarbeitsministerium in Berlin verlebenden Beamten Briefe mit Geld. Im Dezember vorigen Jahres kam er aus dem Gefängnis und suchte Potsdam auf. Hier schlief er in den Korridoren des Rechnungshofes herum und wartete vor den Zimmern der Ministerialbeamten so lange, bis diese zu ihren Vorgesetzten gerufen wurden. Die Beamten legten ihre Arbeitspappen ab, um sich einen anderen Kopf anzuziehen. Raum hatten sie ihre Zimmer verlassen, so ging der Angeklagte hinein und revidierte die Taschen der Arbeitspappen. Briefe mit 50 M., 100 M. und über 200 M. fielen ihm in die Hände. Die entlehnten Umschläge wurden in Aborte des Postbriefkästen geworfen. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahre drei Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis.

Eine neue Verkehrskarte für Berlin.

Seitdem die drei Berliner Verkehrsvereine, die den Einheitsfahrplan eingeführt haben, eine gemeinsame Verkehrskarte herausgegeben haben, die nur 10 Pf. kostet, hat sich dieser neue Ueberfahrplan so gut eingeführt, daß trotz Neudruck die Aufkäufe immer wieder vergriffen wurde. Nunmehr wird in den nächsten Tagen eine Neuausgabe der Verkehrskarte erscheinen. Sie ist noch besser ausgeführt als die erste und wird infolgedessen einige Veränderungen aufweisen, als der Fahrplan der einzelnen Linien sich nicht mehr auf der Rückseite der Karte befindet, sondern in übersichtlicher Form in ein besonderes Heft hineingegenommen worden ist. Auf der Rückseite befindet sich eine genaue Uebersichtstabelle der Querverbindungen zwischen den einzelnen Berliner Fernbahnhöfen.

Est mehr Früchte
und Ihr bleibt gesund!

Elf neue Phosgenerkrankungen.
Noch 67 Phosgenkranke in den Krankenhäusern.

Hamburg-Wilhelmsburg, 29. Mai.

Dem Städtischen Krankenhause sind seit Pfingstsonnabend noch weitere 11 an Phosgenvergiftung erkrankte Personen aus Nieder-Georgswerder zugeführt worden, so daß die Gesamtzahl der in Hamburg eingelieferten Kranken 115 beträgt. Zurzeit befinden sich noch 46 Kranke im Krankenhause. Vom Polizeipräsidenten wird heute auf verschiedene Anfragen hin bekanntgegeben, daß nach einem Gutachten des Kreismedizinalrates und des Städtischen Gesundheitsamtes Nahrungsmittel, die mit Phosgenos in Berührung gekommen sind, nicht als gesundheits-schädlich zu betrachten sind.

Hamburg, 29. Mai.

In den Hamburgischen Krankenhäusern befinden sich zurzeit noch 21 Phosgenkranke. Mit Ausnahme eines Falles handelt es sich durchweg um Bechterkrankte, die voraussichtlich in den nächsten Tagen entlassen werden können.

In die Nordsee mit dem Phosgen!

Die zurzeit angewandte Methode der Beseitigung der Phosgen-befunde hat sich als zu langwierig herausgestellt. Man hat daher auf den ursprünglichen Plan einer Verenkung des Phosgens in die Nordsee zurückgegriffen. Bei einer im Laufe des heutigen Tages stattfindenden Schoorhändigungsprechung wolle man sich über diese Frage klar werden. Nach Ansicht von Dr. Stolzenberg sei mit dieser Methode der Verenkung in die Nordsee eine Gefährdung von Menschen nicht verbunden, da die Verenkungsprodukte des Phosgens, Kohlenäure und Salzsäure, in den in Frage kommenden Fischen für den menschlichen Körper nicht schädlich seien. Fische, die unter Umständen mit dem Gift in Berührung kämen, könnten somit ohne Gefahr für die menschliche Nahrung verwandt werden.

Wieder ein schweres Autobusunglück.
27 Personen verletzt.

Essen, 29. Mai.

Am Dienstag morgen stürzte bei Reitmig ein mit 27 jungen Mädchen besetzter Autobus, der sich auf einer dreitägigen Rhein-fahrt befand, beim Ausweichen eines anderen Autos eine Brückenbohrung hinunter. Alle jungen Mädchen wurden verletzt, darunter sieben schwer. Auch der Autobuslenker erlitt schwere Verletzungen.

Die Berliner Anleihe in New York.
Glänzende Aufnahme.

New York, 29. Mai.

Die gestern aufgelegte Berliner Stadlanleihe fand glänzendste Aufnahme. Aus allen Teilen Amerikas, aus Europa, auch aus Deutschland, sowie aus anderen Teilen der Welt, gingen umfangreiche Zeichnungen ein.

Köln - Niederländisch-Indien.

Einen interessanten Verlauf nahmen mehrere drablose Ge-spräche, die von der holländischen Abteilung des Staatenhauses der Brasse aus mit Niederländisch-Indien geführt wurden. Wenn auch zuerst die Verständigung teils durch atmosphärische

Störungen, teils durch das Dawitschenfinken eines indischen Senders beeinflusst wurde, so wickelte sich im weiteren Verlauf der Besuche die Radioverbindung glänzend und mit sehr großer Lautstärke ab.

Aus der Partei.

Der ungarische Abg. Gnauff Keifinger ist durch Autounfall lebensgefährlich verletzt worden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. u. 3. Etage, zu richten.

1. Kreis Mitte. Freitag, Mittwoh, 30. Mai, 19% Uhr. Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes bei Dobrzhom, Simeismüller Str. 11. — **Übersichtswahlen.** Die Genossinnen und Genossen, deren Kinder in nachstehende Schulen gehen, treffen sich zu einer dringenden Besprechung bei Spiegel, Kaserstr. 1: Friedrich-Gymnasium mit Kaserp-Realschule, Albrechtstr. 26/27; Robert-Fels-Realschule, Kugelnstr. 21; Luffen-Ensem, Kugelstr. 12; 1. Gemeindefschule, Koggenplatz 12; 24. Gemeindefschule, hinter der Garmienstr. 2; 26. Gemeindefschule, Albrechtstr. 30; 179. Gemeindefschule, Albrechtstr. 20; 49. Gemeindefschule, Kugelnstr. 67/68; 146. und 180. Gemeindefschulen, Panzerallee Str. 20. Die Antragsmittelschule der Jüdischen Gemeindefschule, Große Hamburger Str. 77a. Diese Zusammenkunft findet am Donnerstag, 30. Mai, 20 Uhr, statt.
2. Kreis Wilmersdorf. Donnerstag, 31. Mai, 20 Uhr, im Bismarckpark, Bismarckpark, Kreismitgliederversammlung. Tagesordnung: Was sehen uns die Wahlen? Referent Gnauff Franz Rinkler, Gleditsien Allee. — Die Parteigenossen, die ihre Kinder noch nicht für den Ferienaufenthalt der Kinderfreunde im Festlager angemeldet haben, müssen dies bis zum 1. Juni tun. Anmeldebüro: Frau Ungerer, Wilmersdorf, Panzerallee 48. Anmeldezeit 8 bis 10 Uhr jedes Kind.
3. 1. Abt. Besprechung aller Funktionäre pünktlich 19% Uhr. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Parteizentralwahlen.
4. 2. Abt. Siehe Parteinachrichten.
5. 3. Abt. Siehe Parteinachrichten.
6. 4. Abt. Siehe Parteinachrichten.
7. 5. Abt. Siehe Parteinachrichten.
8. 6. Abt. Siehe Parteinachrichten.
9. 7. Abt. Siehe Parteinachrichten.
10. 8. Abt. Siehe Parteinachrichten.
11. 9. Abt. Siehe Parteinachrichten.
12. 10. Abt. Siehe Parteinachrichten.
13. 11. Abt. Siehe Parteinachrichten.
14. 12. Abt. Siehe Parteinachrichten.
15. 13. Abt. Siehe Parteinachrichten.
16. 14. Abt. Siehe Parteinachrichten.
17. 15. Abt. Siehe Parteinachrichten.
18. 16. Abt. Siehe Parteinachrichten.
19. 17. Abt. Siehe Parteinachrichten.
20. 18. Abt. Siehe Parteinachrichten.
21. 19. Abt. Siehe Parteinachrichten.
22. 20. Abt. Siehe Parteinachrichten.
23. 21. Abt. Siehe Parteinachrichten.
24. 22. Abt. Siehe Parteinachrichten.
25. 23. Abt. Siehe Parteinachrichten.
26. 24. Abt. Siehe Parteinachrichten.
27. 25. Abt. Siehe Parteinachrichten.
28. 26. Abt. Siehe Parteinachrichten.
29. 27. Abt. Siehe Parteinachrichten.
30. 28. Abt. Siehe Parteinachrichten.
31. 29. Abt. Siehe Parteinachrichten.
32. 30. Abt. Siehe Parteinachrichten.
33. 31. Abt. Siehe Parteinachrichten.
34. 32. Abt. Siehe Parteinachrichten.
35. 33. Abt. Siehe Parteinachrichten.
36. 34. Abt. Siehe Parteinachrichten.
37. 35. Abt. Siehe Parteinachrichten.
38. 36. Abt. Siehe Parteinachrichten.
39. 37. Abt. Siehe Parteinachrichten.
40. 38. Abt. Siehe Parteinachrichten.
41. 39. Abt. Siehe Parteinachrichten.
42. 40. Abt. Siehe Parteinachrichten.
43. 41. Abt. Siehe Parteinachrichten.
44. 42. Abt. Siehe Parteinachrichten.
45. 43. Abt. Siehe Parteinachrichten.
46. 44. Abt. Siehe Parteinachrichten.
47. 45. Abt. Siehe Parteinachrichten.
48. 46. Abt. Siehe Parteinachrichten.
49. 47. Abt. Siehe Parteinachrichten.
50. 48. Abt. Siehe Parteinachrichten.
51. 49. Abt. Siehe Parteinachrichten.
52. 50. Abt. Siehe Parteinachrichten.
53. 51. Abt. Siehe Parteinachrichten.
54. 52. Abt. Siehe Parteinachrichten.
55. 53. Abt. Siehe Parteinachrichten.
56. 54. Abt. Siehe Parteinachrichten.
57. 55. Abt. Siehe Parteinachrichten.
58. 56. Abt. Siehe Parteinachrichten.
59. 57. Abt. Siehe Parteinachrichten.
60. 58. Abt. Siehe Parteinachrichten.
61. 59. Abt. Siehe Parteinachrichten.
62. 60. Abt. Siehe Parteinachrichten.
63. 61. Abt. Siehe Parteinachrichten.
64. 62. Abt. Siehe Parteinachrichten.
65. 63. Abt. Siehe Parteinachrichten.
66. 64. Abt. Siehe Parteinachrichten.
67. 65. Abt. Siehe Parteinachrichten.
68. 66. Abt. Siehe Parteinachrichten.
69. 67. Abt. Siehe Parteinachrichten.
70. 68. Abt. Siehe Parteinachrichten.
71. 69. Abt. Siehe Parteinachrichten.
72. 70. Abt. Siehe Parteinachrichten.
73. 71. Abt. Siehe Parteinachrichten.
74. 72. Abt. Siehe Parteinachrichten.
75. 73. Abt. Siehe Parteinachrichten.
76. 74. Abt. Siehe Parteinachrichten.
77. 75. Abt. Siehe Parteinachrichten.
78. 76. Abt. Siehe Parteinachrichten.
79. 77. Abt. Siehe Parteinachrichten.
80. 78. Abt. Siehe Parteinachrichten.
81. 79. Abt. Siehe Parteinachrichten.
82. 80. Abt. Siehe Parteinachrichten.
83. 81. Abt. Siehe Parteinachrichten.
84. 82. Abt. Siehe Parteinachrichten.
85. 83. Abt. Siehe Parteinachrichten.
86. 84. Abt. Siehe Parteinachrichten.
87. 85. Abt. Siehe Parteinachrichten.
88. 86. Abt. Siehe Parteinachrichten.
89. 87. Abt. Siehe Parteinachrichten.
90. 88. Abt. Siehe Parteinachrichten.
91. 89. Abt. Siehe Parteinachrichten.
92. 90. Abt. Siehe Parteinachrichten.
93. 91. Abt. Siehe Parteinachrichten.
94. 92. Abt. Siehe Parteinachrichten.
95. 93. Abt. Siehe Parteinachrichten.
96. 94. Abt. Siehe Parteinachrichten.
97. 95. Abt. Siehe Parteinachrichten.
98. 96. Abt. Siehe Parteinachrichten.
99. 97. Abt. Siehe Parteinachrichten.
100. 98. Abt. Siehe Parteinachrichten.
101. 99. Abt. Siehe Parteinachrichten.
102. 100. Abt. Siehe Parteinachrichten.
103. 101. Abt. Siehe Parteinachrichten.
104. 102. Abt. Siehe Parteinachrichten.
105. 103. Abt. Siehe Parteinachrichten.
106. 104. Abt. Siehe Parteinachrichten.
107. 105. Abt. Siehe Parteinachrichten.
108. 106. Abt. Siehe Parteinachrichten.
109. 107. Abt. Siehe Parteinachrichten.
110. 108. Abt. Siehe Parteinachrichten.
111. 109. Abt. Siehe Parteinachrichten.
112. 110. Abt. Siehe Parteinachrichten.
113. 111. Abt. Siehe Parteinachrichten.
114. 112. Abt. Siehe Parteinachrichten.
115. 113. Abt. Siehe Parteinachrichten.
116. 114. Abt. Siehe Parteinachrichten.
117. 115. Abt. Siehe Parteinachrichten.
118. 116. Abt. Siehe Parteinachrichten.
119. 117. Abt. Siehe Parteinachrichten.
120. 118. Abt. Siehe Parteinachrichten.
121. 119. Abt. Siehe Parteinachrichten.
122. 120. Abt. Siehe Parteinachrichten.
123. 121. Abt. Siehe Parteinachrichten.
124. 122. Abt. Siehe Parteinachrichten.
125. 123. Abt. Siehe Parteinachrichten.
126. 124. Abt. Siehe Parteinachrichten.
127. 125. Abt. Siehe Parteinachrichten.
128. 126. Abt. Siehe Parteinachrichten.
129. 127. Abt. Siehe Parteinachrichten.
130. 128. Abt. Siehe Parteinachrichten.
131. 129. Abt. Siehe Parteinachrichten.
132. 130. Abt. Siehe Parteinachrichten.
133. 131. Abt. Siehe Parteinachrichten.
134. 132. Abt. Siehe Parteinachrichten.
135. 133. Abt. Siehe Parteinachrichten.
136. 134. Abt. Siehe Parteinachrichten.
137. 135. Abt. Siehe Parteinachrichten.
138. 136. Abt. Siehe Parteinachrichten.
139. 137. Abt. Siehe Parteinachrichten.
140. 138. Abt. Siehe Parteinachrichten.
141. 139. Abt. Siehe Parteinachrichten.
142. 140. Abt. Siehe Parteinachrichten.
143. 141. Abt. Siehe Parteinachrichten.
144. 142. Abt. Siehe Parteinachrichten.
145. 143. Abt. Siehe Parteinachrichten.
146. 144. Abt. Siehe Parteinachrichten.
147. 145. Abt. Siehe Parteinachrichten.
148. 146. Abt. Siehe Parteinachrichten.
149. 147. Abt. Siehe Parteinachrichten.
150. 148. Abt. Siehe Parteinachrichten.
151. 149. Abt. Siehe Parteinachrichten.
152. 150. Abt. Siehe Parteinachrichten.
153. 151. Abt. Siehe Parteinachrichten.
154. 152. Abt. Siehe Parteinachrichten.
155. 153. Abt. Siehe Parteinachrichten.
156. 154. Abt. Siehe Parteinachrichten.
157. 155. Abt. Siehe Parteinachrichten.
158. 156. Abt. Siehe Parteinachrichten.
159. 157. Abt. Siehe Parteinachrichten.
160. 158. Abt. Siehe Parteinachrichten.
161. 159. Abt. Siehe Parteinachrichten.
162. 160. Abt. Siehe Parteinachrichten.
163. 161. Abt. Siehe Parteinachrichten.
164. 162. Abt. Siehe Parteinachrichten.
165. 163. Abt. Siehe Parteinachrichten.
166. 164. Abt. Siehe Parteinachrichten.
167. 165. Abt. Siehe Parteinachrichten.
168. 166. Abt. Siehe Parteinachrichten.
169. 167. Abt. Siehe Parteinachrichten.
170. 168. Abt. Siehe Parteinachrichten.
171. 169. Abt. Siehe Parteinachrichten.
172. 170. Abt. Siehe Parteinachrichten.
173. 171. Abt. Siehe Parteinachrichten.
174. 172. Abt. Siehe Parteinachrichten.
175. 173. Abt. Siehe Parteinachrichten.
176. 174. Abt. Siehe Parteinachrichten.
177. 175. Abt. Siehe Parteinachrichten.
178. 176. Abt. Siehe Parteinachrichten.
179. 177. Abt. Siehe Parteinachrichten.
180. 178. Abt. Siehe Parteinachrichten.
181. 179. Abt. Siehe Parteinachrichten.
182. 180. Abt. Siehe Parteinachrichten.
183. 181. Abt. Siehe Parteinachrichten.
184. 182. Abt. Siehe Parteinachrichten.
185. 183. Abt. Siehe Parteinachrichten.
186. 184. Abt. Siehe Parteinachrichten.
187. 185. Abt. Siehe Parteinachrichten.
188. 186. Abt. Siehe Parteinachrichten.
189. 187. Abt. Siehe Parteinachrichten.
190. 188. Abt. Siehe Parteinachrichten.
191. 189. Abt. Siehe Parteinachrichten.
192. 190. Abt. Siehe Parteinachrichten.
193. 191. Abt. Siehe Parteinachrichten.
194. 192. Abt. Siehe Parteinachrichten.
195. 193. Abt. Siehe Parteinachrichten.
196. 194. Abt. Siehe Parteinachrichten.
197. 195. Abt. Siehe Parteinachrichten.
198. 196. Abt. Siehe Parteinachrichten.
199. 197. Abt. Siehe Parteinachrichten.
200. 198. Abt. Siehe Parteinachrichten.
201. 199. Abt. Siehe Parteinachrichten.
202. 200. Abt. Siehe Parteinachrichten.
203. 201. Abt. Siehe Parteinachrichten.
204. 202. Abt. Siehe Parteinachrichten.
205. 203. Abt. Siehe Parteinachrichten.
206. 204. Abt. Siehe Parteinachrichten.
207. 205. Abt. Siehe Parteinachrichten.
208. 206. Abt. Siehe Parteinachrichten.
209. 207. Abt. Siehe Parteinachrichten.
210. 208. Abt. Siehe Parteinachrichten.
211. 209. Abt. Siehe Parteinachrichten.
212. 210. Abt. Siehe Parteinachrichten.
213. 211. Abt. Siehe Parteinachrichten.
214. 212. Abt. Siehe Parteinachrichten.
215. 213. Abt. Siehe Parteinachrichten.
216. 214. Abt. Siehe Parteinachrichten.
217. 215. Abt. Siehe Parteinachrichten.
218. 216. Abt. Siehe Parteinachrichten.
219. 217. Abt. Siehe Parteinachrichten.
220. 218. Abt. Siehe Parteinachrichten.
221. 219. Abt. Siehe Parteinachrichten.
222. 220. Abt. Siehe Parteinachrichten.
223. 221. Abt. Siehe Parteinachrichten.
224. 222. Abt. Siehe Parteinachrichten.
225. 223. Abt. Siehe Parteinachrichten.
226. 224. Abt. Siehe Parteinachrichten.
227. 225. Abt. Siehe Parteinachrichten.
228. 226. Abt. Siehe Parteinachrichten.
229. 227. Abt. Siehe Parteinachrichten.
230. 228. Abt. Siehe Parteinachrichten.
231. 229. Abt. Siehe Parteinachrichten.
232. 230. Abt. Siehe Parteinachrichten.
233. 231. Abt. Siehe Parteinachrichten.
234. 232. Abt. Siehe Parteinachrichten.
235. 233. Abt. Siehe Parteinachrichten.
236. 234. Abt. Siehe Parteinachrichten.
237. 235. Abt. Siehe Parteinachrichten.
238. 236. Abt. Siehe Parteinachrichten.
239. 237. Abt. Siehe Parteinachrichten.
240. 238. Abt. Siehe Parteinachrichten.
241. 239. Abt. Siehe Parteinachrichten.
242. 240. Abt. Siehe Parteinachrichten.
243. 241. Abt. Siehe Parteinachrichten.
244. 242. Abt. Siehe Parteinachrichten.
245. 243. Abt. Siehe Parteinachrichten.
246. 244. Abt. Siehe Parteinachrichten.
247. 245. Abt. Siehe Parteinachrichten.
248. 246. Abt. Siehe Parteinachrichten.
249. 247. Abt. Siehe Parteinachrichten.
250. 248. Abt. Siehe Parteinachrichten.
251. 249. Abt. Siehe Parteinachrichten.
252. 250. Abt. Siehe Parteinachrichten.
253. 251. Abt. Siehe Parteinachrichten.
254. 252. Abt. Siehe Parteinachrichten.
255. 253. Abt. Siehe Parteinachrichten.
256. 254. Abt. Siehe Parteinachrichten.
257. 255. Abt. Siehe Parteinachrichten.
258. 256. Abt. Siehe Parteinachrichten.
259. 257. Abt. Siehe Parteinachrichten.
260. 258. Abt. Siehe Parteinachrichten.
261. 259. Abt. Siehe Parteinachrichten.
262. 260. Abt. Siehe Parteinachrichten.
263. 261. Abt. Siehe Parteinachrichten.
264. 262. Abt. Siehe Parteinachrichten.
265. 263. Abt. Siehe Parteinachrichten.
266. 264. Abt. Siehe Parteinachrichten.
267. 265. Abt. Siehe Parteinachrichten.
268. 266. Abt. Siehe Parteinachrichten.
269. 267. Abt. Siehe Parteinachrichten.
270. 268. Abt. Siehe Parteinachrichten.
271. 269. Abt. Siehe Parteinachrichten.
272. 270. Abt. Siehe Parteinachrichten.
273. 271. Abt. Siehe Parteinachrichten.
274. 272. Abt. Siehe Parteinachrichten.
275. 273. Abt. Siehe Parteinachrichten.
276. 274. Abt. Siehe Parteinachrichten.
277. 275. Abt. Siehe Parteinachrichten.
278. 276. Abt. Siehe Parteinachrichten.
279. 277. Abt. Siehe Parteinachrichten.
280. 278. Abt. Siehe Parteinachrichten.
281. 279. Abt. Siehe Parteinachrichten.
282. 280. Abt. Siehe Parteinachrichten.
283. 281. Abt. Siehe Parteinachrichten.
284. 282. Abt. Siehe Parteinachrichten.
285. 283. Abt. Siehe Parteinachrichten.
286. 284. Abt. Siehe Parteinachrichten.
287. 285. Abt. Siehe Parteinachrichten.
288. 286. Abt. Siehe Parteinachrichten.
289. 287. Abt. Siehe Parteinachrichten.
290. 288. Abt. Siehe Parteinachrichten.
291. 289. Abt. Siehe Parteinachrichten.
292. 290. Abt. Siehe Parteinachrichten.
293. 291. Abt. Siehe Parteinachrichten.
294. 292. Abt. Siehe Parteinachrichten.
295. 293. Abt. Siehe Parteinachrichten.
296. 294. Abt. Siehe Parteinachrichten.
297. 295. Abt. Siehe Parteinachrichten.
298. 296. Abt. Siehe Parteinachrichten.
299. 297. Abt. Siehe Parteinachrichten.
300. 298. Abt. Siehe Parteinachrichten.
301. 299. Abt. Siehe Parteinachrichten.
302. 300. Abt. Siehe Parteinachrichten.
303. 301. Abt. Siehe Parteinachrichten.
304. 302. Abt. Siehe Parteinachrichten.
305. 303. Abt. Siehe Parteinachrichten.
306. 304. Abt. Siehe Parteinachrichten.
307. 305. Abt. Siehe Parteinachrichten.
308. 306. Abt. Siehe Parteinachrichten.
309. 307. Abt. Siehe Parteinachrichten.
310. 308. Abt. Siehe Parteinachrichten.
311. 309. Abt. Siehe Parteinachrichten.
312. 310. Abt. Siehe Parteinachrichten.
313. 311. Abt. Siehe Parteinachrichten.
314. 312. Abt. Siehe Parteinachrichten.
315. 313. Abt. Siehe Parteinachrichten.
316. 314. Abt. Siehe Parteinachrichten.
317. 315. Abt. Siehe Parteinachrichten.
318. 316. Abt. Siehe Parteinachrichten.
319. 317. Abt. Siehe Parteinachrichten.
320. 318. Abt. Siehe Parteinachrichten.
321. 319. Abt. Siehe Parteinachrichten.
322. 320. Abt. Siehe Parteinachrichten.
323. 321. Abt. Siehe Parteinachrichten.
324. 322. Abt. Siehe Parteinachrichten.
325. 323. Abt. Siehe Parteinachrichten.
326. 324. Abt. Siehe Parteinachrichten.
327. 325. Abt. Siehe Parteinachrichten.
328. 326. Abt. Siehe Parteinachrichten.
329. 327. Abt. Siehe Parteinachrichten.
330. 328. Abt. Siehe Parteinachrichten.
331. 329. Abt. Siehe Parteinachrichten.
332. 330. Abt. Siehe Parteinachrichten.
333. 331. Abt. Siehe Parteinachrichten.
334. 332. Abt. Siehe Parteinachrichten.
335. 333. Abt. Siehe Parteinachrichten.
336. 334. Abt. Siehe Parteinachrichten.
337. 335. Abt. Siehe Parteinachrichten.
338. 336. Abt. Siehe Parteinachrichten.
339. 337. Abt. Siehe Parteinachrichten.
340. 338. Abt. Siehe Parteinachrichten.
341. 339. Abt. Siehe Parteinachrichten.
342. 340. Abt. Siehe Parteinachrichten.
343. 341. Abt. Siehe Parteinachrichten.
344. 342. Abt. Siehe Parteinachrichten.
345. 343. Abt. Siehe Parteinachrichten.
346. 344. Abt. Siehe Parteinachrichten.
347. 345. Abt. Siehe Parteinachrichten.
348. 346. Abt. Siehe Parteinachrichten.
349. 347. Abt. Siehe Parteinachrichten.
350. 348. Abt. Siehe Parteinachrichten.
351. 349. Abt. Siehe Parteinachrichten.
352. 350. Abt. Siehe Parteinachrichten.
353. 351. Abt. Siehe Parteinachrichten.
354. 352. Abt. Siehe Parteinachrichten.
355. 353. Abt. Siehe Parteinachrichten.
356. 354. Abt. Siehe Parteinachrichten.
357. 355. Abt. Siehe Parteinachrichten.
358. 356. Abt. Siehe Parteinachrichten.
359. 357. Abt. Siehe Parteinachrichten.
360. 358. Abt. Siehe Parteinachrichten.
361. 359. Abt. Siehe Parteinachrichten.
362. 360. Abt. Siehe Parteinachrichten.
363. 361. Abt. Siehe Parteinachrichten.
364. 362. Abt. Siehe Parteinachrichten.
365. 363. Abt. Siehe Parteinachrichten.
366. 364. Abt. Siehe Parteinachrichten.
367. 365. Abt. Siehe Parteinachrichten.
368. 366. Abt. Siehe Parteinachrichten.
369. 367. Abt. Siehe Parteinachrichten.
370. 368. Abt. Siehe Parteinachrichten.
371. 369. Abt. Siehe Parteinachrichten.
372. 370. Abt. Siehe Parteinachrichten.
373. 371. Abt. Siehe Parteinachrichten.
374. 372. Abt. Siehe Parteinachrichten.
375. 373. Abt. Siehe Parteinachrichten.
376. 374. Abt. Siehe Parteinachrichten.
377. 375. Abt. Siehe Parteinachrichten.
378. 376. Abt. Siehe Parteinachrichten.
379. 377. Abt. Siehe Parteinachrichten.
380. 378. Abt. Siehe Parteinachrichten.
381. 379. Abt. Siehe Parteinachrichten.
382. 380. Abt. Siehe Parteinachrichten.
383. 381. Abt. Siehe Parteinachrichten.
384. 382. Abt. Siehe Parteinachrichten.
385. 383. Abt. Siehe Parteinachrichten.
386. 384. Abt. Siehe Parteinachrichten.
387. 385. Abt. Siehe Parteinachrichten.
388. 386. Abt. Siehe Parteinachrichten.
389. 387. Abt. Siehe Parteinachrichten.
390. 388. Abt. Siehe Parteinachrichten.
391. 389. Abt. Siehe Parteinachrichten.
392. 390. Abt. Siehe Parteinachrichten.
393. 391. Abt. Siehe Parteinachrichten.
394. 392. Abt. Siehe Parteinachrichten.
395. 393. Abt. Siehe Parteinachrichten.
396. 394. Abt. Siehe Parteinachrichten.
397. 395. Abt. Siehe Parteinachrichten.
398. 396. Abt. Siehe Parteinachrichten.
399. 397. Abt. Siehe Parteinachrichten.
400. 398. Abt. Siehe Parteinachrichten.
401. 399. Abt. Siehe Parteinachrichten.
402. 400. Abt. Siehe Parteinachrichten.
403. 401. Abt. Siehe Parteinachrichten.
404. 402. Abt. Siehe Parteinachrichten.
405. 403. Abt. Siehe Parteinachrichten.
406. 404. Abt. Siehe Parteinachrichten.
407. 405. Abt. Siehe Parteinachrichten.
408. 406. Abt. Siehe Parteinachrichten.
409. 407. Abt. Siehe Parteinachrichten.
410. 408. Abt. Siehe Parteinachrichten.
411. 409. Abt. Siehe Parteinachrichten.
412. 410. Abt. Siehe Parteinachrichten.
413. 411. Abt. Siehe Parteinachrichten.
414. 412. Abt. Siehe Parteinachrichten.
415. 413. Abt. Siehe Parteinachrichten.
416. 414. Abt. Siehe Parteinachrichten.
417. 415. Abt. Siehe Parteinachrichten.
418. 416. Abt. Siehe Parteinachrichten.
419. 417. Abt. Siehe Parteinachrichten.
420. 418. Abt. Siehe Parteinachrichten.
421. 419. Abt. Siehe Parteinachrichten.
422. 420. Abt. Siehe Parteinachrichten.
423. 421. Abt. Siehe Parteinachrichten.
424. 422. Abt. Siehe Parteinachrichten.
425. 423. Abt. Siehe Parteinachrichten.
426. 424. Abt. Siehe Parteinachrichten.
427. 425. Abt. Siehe Parteinachrichten.
428. 426. Abt. Siehe Parteinachrichten.
429. 427. Abt. Siehe Parteinachrichten.
430. 428. Abt. Siehe Parteinachrichten.
431. 429. Abt. Siehe Parteinachrichten.
432. 430. Abt. Siehe Parteinachrichten.
433. 431. Abt. Siehe Parteinachrichten.
434. 432. Abt. Siehe Parteinachrichten.
435. 433. Abt. Siehe Parteinachrichten.
436. 434. Abt. Siehe Parteinachrichten.
437. 435. Abt. Siehe Parteinachrichten.
438. 436. Abt. Siehe Parteinachrichten.
439. 437. Abt. Siehe Parteinachrichten.
440. 438. Abt. Siehe Parteinachrichten.
441. 439. Abt. Siehe Parteinachrichten.
442. 440. Abt. Siehe Parteinachrichten.
443. 441. Abt. Siehe Parteinachrichten.
444. 442. Abt. Siehe Parteinachrichten.
445. 443. Abt. Siehe Parteinachrichten.
446. 444. Abt. Siehe Parteinachrichten.
447. 445. Abt. Siehe Parteinachrichten.
448. 446. Abt. Siehe Parteinachrichten.
449. 447. Abt. Siehe Parteinachrichten.
450. 448. Abt. Siehe Parteinachrichten.
451. 449. Abt. Siehe Parteinachrichten.
452. 450. Abt. Siehe Parteinachrichten.
453. 451. Abt. Siehe Parteinachrichten.
454. 452. Abt. Siehe Parteinachrichten.
455. 453. Abt. Siehe Parteinachrichten.
456. 454. Abt. Siehe Parteinachrichten.
457. 455. Abt. Siehe Parteinachrichten.
458. 456. Abt. Siehe Parteinachrichten.
459. 457. Abt. Siehe Parteinachrichten.
460. 458. Abt. Siehe Parteinachrichten.
461. 45

Reichsbahn und Tarifierhöhung.

Die Verteuerung der Frachten und Fahrpreise ist vermeidbar.

Die bisherige Reichsregierung hat zu den Tarifierhöhungsanträgen der Reichsbahn noch immer keine eindeutige Stellung genommen, sondern nur Rückfragen an die Reichsbahnverwaltung gerichtet, so daß es wohl der neuen Regierung vorbehalten sein wird, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Zahlreiche Gründe sprechen dafür, daß die Verteuerung der Frachten und Fahrpreise vermeidbar ist.

Die Einnahmen sind weiter gestiegen. — Reserven im Personenverkehr.

Nach der ausgezeichneten Konjunktur des Jahres 1927, die sich in einer bedeutenden Steigerung des Güterverkehrs auswirkte (1926 wurden auf der Reichsbahn rund 389 Millionen Tonnen, 1927 rund 442 Millionen Tonnen befördert), glaubt die Reichsbahnverwaltung mit einer weiteren Güterverkehrssteigerung nicht rechnen zu können. Sie legt daher als Voranschlag für die Einnahmen im laufenden Jahr nur etwa den Betrag der vorjährigen Betriebseinnahmen ein — 5060 Millionen an Stelle der vorjährigen 5040 Millionen —, die um 500 Millionen über dem Einnahmeergebnis von 1926 lagen. Der Güterverkehr der ersten Monate 1928 zeigt jedoch gegenüber den entsprechenden Monaten des Vorjahres eine beträchtliche Steigerung der Beförderungen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß der starke Aufschwung der deutschen Wirtschaft im Vorjahr erst im zweiten Quartal einsetzte:

Betriebseinnahmen der Reichsbahn in Millionen Mark.		
	1928	1927
Januar	382	344,9
Februar	380,2	342,1
März	428	395,6
	<u>1190,2</u>	<u>1082,6</u>

Insgesamt ergibt sich demnach trotz des Einnahmefalls infolge der Tarifierhöhungen durch die Neu-einführung des Normaltarifsystems im Herbst vorigen Jahres, der von der Reichsbahnverwaltung auf 25 Millionen Mark pro Quartal geschätzt wurde, in diesem Jahre bereits eine Mehr-einnahme von 108 Millionen.

Auch im April dürfte nach den bisherigen Zahlen der arbeitsmäßigen Wagenstellung (April 1928: 149 600, April 1927: 144 000, im Tagesdurchschnitt also rund 4 Proz. Steigerung) noch mit erhöhten Einnahmen zu rechnen sein.

Daß der Personenverkehr und insbesondere der Reiseverkehr in den Sommermonaten im hohen Maße von der allgemeinen Wirtschaftslage und den Einkommensverhältnissen der Schichten, die sich weitere Reisen leisten können, abhängt, ist eine Erfahrungssache. In den Sommermonaten Juni/August des Jahres 1925, also im Höhepunkt der Konjunktur von 1925, lagen die Einnahmen aus dem Personenverkehr um circa 55 Millionen höher als im Jahre 1926, einem Zeitpunkt starker wirtschaftlicher Depression. Infolge der stark gestiegenen Unternehmerrgewinne und der gehobenen Einkommensverhältnisse der Beamten dürfte der Umfang des diesjährigen Sommerverkehrs und damit die Einnahmen der Reichsbahn sich mit Sicherheit erhöhen. Aus den Mehr-einnahmen im Güterverkehr der ersten vier Monate und aus der zu erwartenden Steigerung des Personenverkehrs wird man eine Reserve von 150 Millionen Mark einsehen können, die für das Risiko einer Abnahme der Verkehrsleistung durch eventuelle Konjunkturschwächung als beträchtlich erscheint.

Aus der bisherigen Einnahmentwicklung läßt sich somit die Notwendigkeit der Tarifierhöhung in dem vorgesehene Ausmaß nicht herleiten. Sie kann nur als Vorbeugungsmaßnahme gegen eine Berringerung des Verkehrsumfanges begründet werden.

Bei Sachausgaben kann gespart werden.

Während die voraussichtlichen Einnahmen von der Reichsbahn mit ganz besonderer Sorgfalt eingeleitet sind, ist die Schätzung der Sachausgaben sehr großzügig. Soweit es sich um die Ausgaben (auf laufende Betriebsrechnung) für Gleisumbau, Brückenbau, Sicherungsanlagen, Fahrzeugunterhaltung u. a. handelt, die mit rund eine Milliarde eingelegt werden, läßt sich von den Außenstehenden an diesen Ausgabenposten schwer eine Kritik üben, da die Reichsbahnverwaltung sie im Interesse der Betriebssicherheit für unvermeidlich hält. Immerhin dürften auch hier noch Kürzungen möglich sein.

Die Reichsbahn setzt in ihrem Voranschlag einen jährlichen Gleisumbau von 4060 Kilometer an, während sie sich nach Angaben aus dem Geschäftsbericht für 1928 mit 2600 Kilometer Gleisverneuerung begnügt. Diese Ausgabenposten müssen vom Reichsverkehrsministerium noch geprüft werden.

Die angeforderten Mittel für große Reuanlagen gehen teilweise erheblich über die Beträge hinaus, die der Reparationskommission für die Eisenbahn in seinem Dezemberbericht nannte. Während es in diesem Bericht hieß, daß gegenwärtig mehr als 200 Bauausführungen laufen, deren Beendigung eine noch zu leistende Gesamtausgabe von rund 800 Millionen erfordert, und daß fernher beabsichtigt sei, diese Ausgaben in den nächsten Jahren durch Verlangsamung dieser Arbeiten einzuschränken, begünstigt die Denkschrift der Reichsbahn die Kosten für das Bauprogramm auf 1000 Millionen Mark. Man wird hier ohne Schädigung des Betriebsbetriebes insamer eine Reduzierung auf die früher geplanten Bauarbeiten oder wenigstens eine Streckung auf längere Zeit vornehmen können.

Der Ausgabenposten „große Bauten“, der im Voranschlag für 1928 mit 250 Millionen Mark eingelegt ist, wird sich um einen beträchtlichen Teil ermäßigen lassen. Der Umfang der geplanten Beschaffung von neuen Fahrzeugen dürfte sich fernerhin gleichfalls verringern lassen. Die Reichsbahn hat im vergangenen Jahre insgesamt für 220 Millionen Mark neue Lokomotiven und Waggons in Auftrag gegeben, obwohl sie bei Beginn des Jahres noch über einen Fahrzeugbestand im Werte von einer halben Milliarde verfügte. Die für die Fahrzeugerneuerung aufgewendeten Mittel waren im vergangenen Jahre fast viermal so hoch wie in den beiden Vorjahren. Für das laufende Jahr sieht nun die Reichsbahn noch größere Beschaffungen vor und veranschlagt hierfür insgesamt 254 Millionen.

Im Bericht des Reparationskommissionärs wurde betont, daß die Reichsbahn den großen Verkehrsanforderungen des Vorjahres „in vollem Umfang gerecht werden konnte, obwohl nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Reulieferungen an Fahrzeugen bei ihr eingegangen war“. Da der Hauptteil der zahlreichen Beförderungsmittel erst im Laufe dieses Jahres in den Betrieb gestellt wird, dürfte jedenfalls bei gleichbleibenden Verkehrsansprüchen der Erneuerungsbedarf an rollendem Material nicht so dringlich sein, wie es die Reichsbahn schildert.

Ueberhohe Reserven und Abschreibungen.

Darüber hinaus muß aber ernstlich erwogen werden, ob nicht die bisherige harre Finanz- und Bilanzpolitik der Reichsbahn zu ändern und hierdurch auch eine Erleichterung der Ausgabenlast zu erreichen ist. Die Reichsbahn befreit nicht nur die gesamte Erneuerung des Verkehrsapparates aus ihren laufenden Einnahmen, also die Verkehrserhaltung; sondern auch ein beträchtlicher Teil der Reuanlagen wird gleichfalls aus laufenden Mitteln bestritten. Daneben aber werden von der Reichsbahn noch

alljährlich, teils in Ausführung, teils in vermeintlich richtiger Auslegung von Bestimmungen des Reichsbahngesetzes d. h. Statuts der Reichsbahngesellschaft, enorme Rückstellungen gemacht.

In den gelegentlichen Ausgleichsberichten wandern zunächst alljährlich 2 Proz. der vollen Betriebseinnahmen bis zur Erfüllung von 500 Millionen, so daß dieser Fonds bereits auf 305 Millionen angewachsen ist.

Im Hinblick auf eine Bestimmung des Reichsbahngesetzes, wonach die Reichsbahngesellschaft bei Erlöschen ihrer Betriebskonzession im Jahre 1964 das gesamte Eisenbahnmögen zuzüglich der Reuinvestitionen lastenfrei übergeben muß, nimmt die Reichsbahn auch alljährlich noch erhebliche weitere Rückstellungen in Form von Abschreibungen auf die Reuinvestitionen vor. Diese Rückstellungen für Betriebsrechtsabschreibungen haben bereits die Höhe von 340 Millionen, also mehr als ein Drittel des Gesamtwertes der Reuinvestitionen, erreicht.

Der Zweck dieser Rückstellungen kann an sich nur Reservebildung für Schuldentilgung, also für die Einziehung der selbst begebenen Vorzugsaktien und die Rückzahlung von Anleihen sein. Nach § 25 Abs. 4 des Reichsbahntatuts ist jedoch „erst im Jahre 1935 zur Einziehung der Vorzugsaktien eine besondere Rücklage zu bilden“, dagegen „können für außerordentliche Ausgaben Sonder-rücklagen vorgehalten werden“. Diese werden auch offenbar in den viel zu hohen Rückstellungen auf Betriebsrechtsabschreibungen gebildet. Die Betriebsüberschüsse der Reichsbahn müssen also nicht nur dazu herhalten, beträchtliche Teile der Reuinvestitionen zu decken, sondern aus ihnen werden auch Rücklagen für künftigen Anlagezuwachs gebildet.

Mit diesen übermäßigen Abschreibungen muß Schluß gemacht werden. Die Reichsregierung, mit der über diesen Punkt Verhandlungen schweben, wird in eine Ermäßigung der überhöhen Rückstellungen, durch die der Anlagezuwachs lastenfrei gemacht werden soll, ohne Bedenken einwilligen können. Damit würde aus den Betriebsüberschüssen alljährlich ein bisher zur Reservebildung vermandter Betrag von circa 100 Millionen Mark frei werden, durch den dann gemeinsam mit den vorher angegebenen Einsparungen auch bei einem Rückgang der Verkehrseinnahmen der Reichsbahnetat ohne Tarifierhöhung auszugleichen wäre.

Viel zu hohe flüssige Mittel.

Die bisherige Finanzpolitik der Reichsbahn, die diese großen Rückstellungen flüssig hält, hat zu einer unnötigen Inflation geführt, deren volkswirtschaftliche Nachteile von uns wiederholt hervorgehoben wurden. In der diesjährigen Bilanz haben die flüssigen Mittel, Kasse, Kontoguthaben, Wertpapiere und Wechsel, die Höhe von 618 Millionen behalten. Diese Summe ist fast zwei Drittel Milliarden Mark über die notwendige Liquiditätsreserve weit hinaus. Für die Reichsbahn, die ja ständig bare Mittel erhält und bisher selbst in den verkehrsreichsten Monaten Betriebsüberschüsse ausweist, reichen flüssige Mittel in Höhe einer Quartalsreparationszahlung, also von etwa 165 Millionen vollkommen aus. Die Reichsbahn hat bisher in Depressionszeiten wie in Aufschwungsperioden die gleiche Inflationspolitik betrieben. Da es nicht Aufgabe der Reichsbahn ist, etwa wie ein Bankinstitut Kapital, das der Wirtschaft durch zu hohe Tarife entzogen wird, anzufammern, muß an sich ein Abbau dieser Aufspeicherungspraxis gefordert werden.

Falls aber nun wirklich der Betriebsüberschuss im laufenden Jahre nicht zur Deckung notwendiger Ausgaben reichen sollte oder die Reichsbahn mit Rücksicht auf den Kapitalmarkt die Aufnahme neuer Mittel verweigern möchte, so könnte unbedenklich auf diese viel zu hohen Reserven zurückgegriffen werden. Die Kassenlage der Reichsbahn erlaubt erst recht, die Tarifierhöhung im gegenwärtigen Zeitpunkt abzulehnen.

„Nur“ 1 Pfennig Lohnerhöhung!

Die Beweiseführung der Reichsbahn wird übrigens dadurch nicht stichhaltiger, daß sie die volkswirtschaftliche Bedeutung der Tarifierhöhung zu bagatelisieren versucht. Wenn sie die Mehrbelastung durch die beantragte Tarifierhöhung einer Steigerung der Löhne aller Industriearbeiter um 1 Pf. pro Stunde gleichsetzt, so ist dem entgegenzusetzen, daß eine derartige Lohnerhöhung bei gleichbleibenden Preisen eine Steigerung der Reallohnkraft um 1 bis 2 Proz. bedeutet, dagegen eine Tarifierhöhung eine nicht unmerkliche Berringerung der Reallohnkraft.

Die Frachtkosten belasten zahlreiche Fertigprodukte nicht nur einmal, sondern mit dem Durchlaufen mehrerer Produktionsstufen und den Handel mehrfach. Daß dabei auch bei einer zehnprozentigen Tarifierhöhung für die schwererwichtigen Güter schon bei einmaligem Transport eine beträchtliche Verteuerung eintritt, geht selbst aus den in der Denkschrift mit besonderer Sorgfalt ausgewählten Beispielen hervor. Zement würde beispielsweise beim Versand aus Oberschlesien nach Ostpreußen pro Wagon um circa 17 Mark, oder um circa 3 1/2 Proz. verteuert werden. Dergleichen würde auch Kalk, Ziegel, Bauholz durch eine Tarifierhöhung nicht unerheblich verteuert und damit die Bauwirtschaft durch steigende Baustoffkosten weitere Erschwerungen erfahren.

Es besteht gar kein Zweifel, daß eine Tarifierhöhung an sich volkswirtschaftlich immer eine starke Belastung mit sich bringt, die sich sehr ungleichmäßig auswirkt und die überwiegend auf den Konsum abgewälzt wird. Ganz besonders verhängnisvoll jedoch könnte sie sich gegenwärtig bei bereits labiler Konjunktur auswirken. Da die Einnahmemeinigung und die Finanzlage der Reichsbahn es ohne weiteres gestatten, die Ausgaben außerdem eventuell durch Verlangsamung der Investitionen gefürzt werden können, läßt sich die Tarifierhöhung vorderhand bestimmt vermeiden.

10 800 Wohnungen beliehen.

Die preussische Zentralstadtschaft im Jahre 1927.

Die heute bestehenden acht Stadtschaften von Brandenburg, Pommern, Ostpreußen, Hannover, Posen, Westpreußen, Oberschlesien, Sachsen und Niederschlesien haben in der preussischen Zentralstadtschaft Berlin ihre Zentralbank. Der Geschäftsbericht der preussischen Zentralstadtschaft für das Jahr 1927 läßt die stark und schnell wachsende Bedeutung der Stadtschaften besonders für den Wohnungsbau klar erkennen. Der Gesamtumfang ihrer Goldpfandbriefe hat sich dem einen Jahre 1927 von 81,2 auf 143,7 Millionen Mark erhöht. Gleichzeitig stieg der Hypothekensbestand von 81,6 auf 145,0 Millionen. Die der Zentralstadtschaft angeschlossenen Provinzialinstitute haben im vergangenen Jahre 3716 Neubauten beliehen. An der Spitze der Stadtschaften steht die der Provinz Hannover mit 1651 Darlehen und 3514 beliehenen Wohnungen, ferner Brandenburg mit 699 Darlehen und 2108 Wohnungen. Insgesamt wurden im Jahre 1927 10 791 neue Wohnungen unter Mitwirkung der acht Stadtschaften geschaffen. Seit dem Jahre 1925 wurden von ihnen dem Wohnungsmarkt Mittel zur Errichtung von 18 822 Wohnungen zugeführt, wovon allein fast 60 Proz. auf das Jahr 1927 entfielen.

Die deutsche Städtebankleihe überzeichnet. Die aus New York gemeldet wird, ist die 17 1/2-Millionen-Dollar-Anleihe des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die am Dienstag in New York aufgelegt wurde, sofort überzeichnet worden.

3,4 Milliarden Maschinenproduktion.

Einfluß der Konjunktur auf die Produktionsmittelindustrie.

In dem Organ der Rheinisch-westfälischen Handelskammer „Ruhr und Rhein“ werden einige statistische Beobachtungen des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten über die deutsche Maschinenproduktion in den letzten Jahren veröffentlicht, die von allgemeinem Interesse sind. Wenn diese Ziffern, die nur etwa 700 Firmen mit 300 000 bis 350 000 Beschäftigten regelmäßig berichteten, auch nur Annäherungswerte darstellen, so sind sie doch für den Einfluß der Konjunktur auf die Produktionsmittelindustrie charakteristisch.

Danach ist die deutsche Maschinenproduktion 1925 bis 1927 von 2000 zunächst auf 2500 Millionen in dem Depressionsjahre 1926 gesunken, die Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Fabriken von 58 auf 51 Proz. zurückgegangen. Der Gesamtabsatz sank in der gleichen Zeit von 2800 auf 2500 Millionen, der Anteil des Inlandabsatzes am Gesamtabsatz von 74 auf 66 Proz., während gleichzeitig der Anteil des Auslandsabsatzes sich von 26 auf 34 Proz. erhöhte. Die höchste Inlandkonjunktur des Jahres 1926 wurde also durch eine Steigerung des Auslandsabsatzes um fast ein Drittel weitgehend ausgeglichen.

Das Jahr 1927 mit seiner außerordentlich starken inländischen Investitionskonjunktur erhöhte die Gesamtproduktion der Maschinenindustrie noch um 500 Millionen über den Stand des guten Jahres 1925 hinaus, nämlich auf 3 400 Millionen. Gleichzeitig stieg der Anteil des Inlandabsatzes am Gesamtabsatz von 66 auf 72 Proz., während der Auslandsabsatz wieder von 34 auf 28 Proz. zurückging.

Seit Anfang des Jahres 1928 meldet die deutsche Maschinenindustrie bekanntlich wieder ein Abflauen der Inlandaufträge und gleichzeitig ein lebhaftes Ansteigen der Maschinenexporte. Selten läßt sich der Einfluß der wechselnden Inlandkonjunktur auf Beschäftigung und Abzug der besonders konjunkturrempfindlichen Produktionsmittelindustrien so deutlich beobachten, wie an diesem Beispiel.

12% Dividende im Zellstoffkonzern Waldhof.

Drohungen gegen Belegschaft und Regierung.

Es ist kein Zufall, daß die Hochburg der sozialen Reaktion in den Industrien liegt, denen es am besten geht, denn durch ewige Klagen über die erdrückenden Lasten versuchen die schwerbedienten Unternehmer ihre Jahr für Jahr steigenden Gewinne zu verdecken. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Holz- und Zellstoff-Industrie, die drei fette Jahre hinter sich hat und deren Großkonzerne seit der Stabilisierung hohe Dividenden zahlen konnten.

Bei der Kritik der jetzt veröffentlichten Bilanz der Zellstoff-Fabrik Waldhof A.-G., eines 34-Millionen-Konzerns, muß man sich der aggressiven Rede des Vorstehenden auf der letzten Generalversammlung erinnern, der eine Verlegung der heimischen Produktionsstätten in das Ausland androhte, wenn die Steuern, Steuern und sozialen Abgaben in Deutschland weiterhin steigen sollten. Man sollte annehmen, daß die Gesellschaft, deren Verwaltung so leichtfertig mit dem Schicksal von 5000 Arbeitern spielt, aus dem letzten Loch pfeift, aber weit gefehlt. Es gibt kaum einen zweiten Großkonzern in der Holzindustrie, dessen Entwicklung mit der von Waldhof Schritt halten könnte. Die Fabrikationsumfänge für Zellstoff stiegen bei den Stammwerken von 1924—1927 um rund 100 000 Tonnen, also um fast 80 Prozent, bei den Tochtergesellschaften verdoppelten sie sich sogar, während die Papierfabrikation sich bei den Stammwerken von 13 266 auf 23 338 Tonnen hob, also gleichfalls verdoppelte. Die Dividenden erhöhten sich von 6 Prozent im Jahre 1924 über 10 Prozent im folgenden Jahr auf 12 Prozent in den beiden letzten Geschäftsjahren.

Die glänzende Entwicklung des Konzerns kommt aber in den Dividendenzahlungen nur sehr beschränkt zum Ausdruck. Die die Bilanz zeigt, hat sich der Wert der Anlagen im letzten Jahre um 6,5 Millionen Mark und der Bäder und Borräume um 5,7 Millionen Mark gesteigert und, wie die Verwaltung selbst mitteilt, konnte die Versorgung mit Rohmaterial zu billigen Preisen auf weite Sicht sichergestellt werden.

Steht dieser Konzern nach alledem auf sehr festem Boden, so ist auch in nächster Zukunft an eine Schwächung des Abzuges nicht zu denken. Im Gegenteil, die Waldhofgruppe kann als Großlieferant von Zellstoff für die blühende Lunkseidenindustrie mit weiterer bedeutender Ausdehnung ihrer Absatzmärkte rechnen. Daß die Verwaltung selbst im Grunde sehr optimistisch ist und mit ihren Drohungen nur ihre Belegschaft einschüchtern will, geht schon daraus hervor, daß sie im Begriff steht, das Werk Reheim in Betrieb zu nehmen, das mit fast 30 000 Tonnen jährlicher Zellstoffproduktion einer weiteren Stärkung der Produktion um rund 14 Prozent dienen soll.

Steigende Waggondividenden. Die Kritik in der deutschen Waggondindustrie, die jahrelang die meisten Gesellschaften ohne Dividende oder gar mit Verlust arbeiten ließ, scheint überwunden zu sein. Auch von der bedeutenden Waggonfabrik Josef Rathgeber A.-G. in München wird gemeldet, daß ihr Aufsichtsrat der Generalversammlung eine Dividende von 7 Proz. vorschlagen beabsichtigt hat, nachdem noch für 1926/27 die Dividende ausfallen mußte.

Gute Gewinne und technische Großleistungen der Kabelindustrie. Die Felten und Guillaume Carlswerk A.-G. in Köln-Wülheim, das führende Unternehmen in der deutschen Kabelindustrie, kann in ihrem Jahresbericht für 1927 auf bemerkenswerte technische Leistungen hinweisen. So wurde das 162 Kilometer lange Fernsprechkabel Deutschland—Schweden von dieser Gesellschaft verlegt; die außerdem vor zwei Monaten mit der Verlegung eines Fernsprechkabels zwischen Finnland und Schweden beauftragt wurde. Mit einer Länge von 251 Kilometer wird dieses Fernsprechkabel, das im Herbst bereits in Betrieb genommen werden soll, das längste der Welt sein. Als besonderer Fortschritt auf dem Gebiet der Höchstspannungskabel ist die Verlegung einer Probestrecke von 100 000-Volt-Kabeln anzusehen, die sich seit einem Jahr in dem Reich der Elektrowerke befindet. Danach dürften der Verkabelung von Freileitungen auch bei höheren Spannungen keine technischen Bedenken mehr entgegenstehen. Die Gesellschaft, die einen Rohgewinn von 17,2 gegen 15,1 Millionen Mark erzielt hat, weist einen Reingewinn von 4,1 Millionen Mark aus, der fast haargenau mit dem des Vorjahres übereinstimmt. Auch in der Dividende von 6 Proz. hat sich nichts geändert. Der Beschäftigungsgrad hatte sich im letzten Jahr so erhoben, daß zum erstenmal das letzte Friedensjahr übertroffen wurde.

Stoffwechselkrankheiten (Gicht, Diabetes, Fettsucht, Blutarmut und Rachitis)

Fachinger Versandstelle, Berlin SW II Schöneberger Str. 10a. Tel. Litzow 8250-01

Der andere Voltaire. Zum 150. Todestage Voltaires am 30. Mai 1928.

Von Jochen Klepper.

Es geht nicht um Voltaire, den Repräsentanten Frankreichs, und nicht um Voltaire als Synthese des achtzehnten Jahrhunderts. Ich meine Voltaire, den Märtyrer. Voltaire, der schon als Säugling mehr litt als andere Neugeborene; Voltaire, dessen Tod man Wochen hindurch stündlich erwartete vom Augenblick der Geburt an. Voltaire, den allzufrüh Mutterlosen, den Jesuitenschüler, der mit schiefgeniegem großen Kopf auf kleinem Körper und dünnen Beinen, mit weitgeöffneten Augen immer wieder schon fragend vor seinen Lehrern stand, bis er ihnen durch seinen Wissensdurst lästig fiel. Voltaire, der zaghaft lächelnd an den Streichen der Mitschüler teilnahm, nur um zu ihnen gehören zu können.

Und dann war die Stunde des kleinen Franz Maria Arouet gekommen, wenn einen Kameraden ein Strohgericht erteilt, und der demütig und zart trösten konnte. Oder wenn ein großer, lustiger Junge sich etwas zerrissen hatte und zu ungeschickt war, den Schaden zu heilen, und der blasse, kleine Arouet für ihn dienend nähen durfte. Das Knabenleben hatte eine wunderliche Stunde der Angst und Sehnsucht: als der höfliche Knabe Franz Maria vor der schönen Gräfin Ninon de Lenclos stand und sie ihn für ein kleines Kapital als Erben einsetzte, um die Schönheit seines Geistes entfalten zu helfen.

Arouet, der Sechzehnjährige, Jurist, dann Schreiber, ohne Möglichkeit, seiner literarischen Arbeit zu leben, erfüllt von dem Wort des Vaters: „Der literarische Stand ist der Stand eines Menschen, der der Gesellschaft unnütz, seiner Familie zur Last werden und Hungers sterben wolle.“

Die ersten Dichtungen Arouet-Voltaires erscheinen. Der junge Poet wird aus Paris verbannt. Er darf zur Aufführung seines „Céleste“ zurückkehren. Fröhlich und still arbeitet er nach der Premiere seine Dichtung nach den Wünschen des Publikums und der Kritik um.

Jahr um Jahr war er in der Verbannung. Manche Verbannung war heiter, auf den Schloßern schöner Frauen. Aber nur die Sehnsucht nach Heimat und Häuslichkeit ließ ihn die Nähe von Frauen lieben. Einmal nur empfand er eine rein persönliche Zuneigung: zu Susanne Vivier, seiner künstlerischen Schülerin. Er verliebt sie an seinen jungen, lebenswichtigen Freund Genonville. Er bleibt mit beiden in bestem Einvernehmen. Sie waren schön und jung, und er war jung und häßlich.

Die Kavaliere Beauregard und de Rohan-Chabot stehen den Dichtern von einem Fest wegblitzend, von ihren Dienern überfallen und mit Säbeln schlägen. Der Oberstall der Rohan „tomandiert“ von einem Wagen aus die Arbeit. Ein Sekretär Voltaires berichtet: „Der arme Beschlagene zeigte sich so oft als möglich bei Hofe und in der Stadt, aber niemand bedauerte ihn, und die er für seine Freunde hielt, haben ihm den Rücken gemendet.“ Die Rohans ließen ihn nach England verbannen.

In England verhöhnte das Volk den berühmten, verfeinerten Franzosen. Umitten einer ihn verspottenden Rotte steigt er ungeschickt auf einen Eckstein und beauftragt die Scharnier in ihrer Muttersprache: „Brave Engländer, bin ich nicht schon unglücklich genug, daß ich nicht unter euch geboren bin?“

Voltaire schrieb 1734 die „Briefe über die Engländer“, in denen er das, was man in England unumwunden sagen durfte, mild und vorsichtig anzubringen suchte. Sein Verleger wurde in die Bastille gelegt. Den Verfasser selbst sollte der Verhaftungsbefehl bei der Hochzeitfeier des Herzogs von Richelieu erreichen. Er war bereits nach Vohringen geflohen. Am 10. Juni 1734 wurde in Paris sein Buch als „anständig, der Religion, den guten Sitten und der Achtung gegen die Obrigkeit zuwiderlaufend“ durch Hentershand zerrissen und verbrannt. Den reichen Ertrag der englischen Ausgabe des Werkes hatte er bereits verschickt.

Voltaire kannte keine erotische Liebe. Er kannte nur den Wunsch, in seinem ungeheuren Aulehnungsbedürfnis von Frauenhänden gepflegt zu werden. Die Frauen, zu denen Voltaire sich hingezogen fühlte, waren die verurteilten, unglücklich verheirateten, häßlichen. Eine Marquise du Chatelet, die Mathematikerin, die Interpretin Newtons. Die elegante, verarmte. Voltaire ließ ihr vollkommenes Schloß herrichten, der Wissenschaftlerin ein Laboratorium bauen. Den größten Teil des Tages und der Nacht saßen Freund und Freundin nun an ihren Schreibtischen. Schloß Cirey war von 1734 bis 1745 trotz aller dazwischenliegenden Verbannungen nach Holland und Lothringen eine Art Heimat für den Kaiser Voltaire. Allmählich erfahren er und Marquis du Chatelet, daß sie von der Gattin und Freundin hintergangen werden mit dem jungen, schönen, eleganten Gardekapitän St. Lambert. Aber als St. Lambert Voltaire begegnet, legt der Dichter seine dünnen, kranken Arme, die müde sind, als hätten sie alle Last der Erde getragen, um des „Arbeitsmüden“ Hofes und gibt sich selbst das Unrecht, auf das, was nur einer stülpischen Jugend zusteht, alt und häßlich Anspruch gemacht zu haben.

Voltaire schreibt seine „Jungfrau von Orleans“, die „Bucelle“. Er liebt die Heldin seines Werkes, er liebt alles, was in der unendlichen Traurigkeit seines Lebens wirksam wirken möchte. Dann war es für ihn Genosse seiner Qual, komisch zu sein und noch im hohen Alter als possenhafte zu gelten. Er liebt in seiner als freudhaft angelegenen Dichtung die „beherzte Idiotin, die selbe Graulame, das Mädchen in den Manneskleidern, das aus einem Wirtschaftshaus kommt und auf dem Scheiterhaufen endigt.“ Er liebt in ihr mehr das „Lämmchen“ als den Löwen.“ Als das Buch erscheint, muß er die wesentlichen Partien als fremde Einfügung hinstellen.

Voltaires „Henriade“, „Zaire“ und „Azire“ brachten Mißachtung und Verbannung. Das Hochzeitspossespiel zur Vermählung des Dauphin „Die Prinzessin von Navarra“ brachte die Ernennung zum Historiographen von Frankreich, den Sessel in der französischen Akademie, das Patent des königlichen Kammerjunkers.

Der junge König Friedrich II. von Preußen bezieht dem Grafen Rothenburg in Paris, „Voltaire in Frankreich so zu bromsieren, daß ihm nichts übrig bliebe, als nach Berlin zu kommen.“ Er beruft den jungen Obersten Baccard d'Arnaud, um Voltaire zu folgen. Er läßt Voltaire das Kofferstück senden und bürstet sich selber zu seinem Besten: „Das heißt einen Hofnarren besser begreifen.“

Der Pariser Hof beurlaubte sehr kühl den Historiographen von Frankreich, den Titular-Kammerjunker, das Mitglied der Akademie. Da ging er zu dem blinden König im „Norden“, Friedrichs „Hofnarren“, Friedrichs „Danoo“. Aber der König erlebte in Voltaire eine Enttäuschung: Voltaire war müde, elend, wenn auch zäh, niemals gesund; seine Zähne fielen ihm jetzt aus, der jonatische Verfall der Schönheit wurde der „Affe“. Wenn es ihm gelungen war, den König und seinen Kreis durch geistigen Charnu zu bezaubern, vorfiel er danach körperlich und seelisch. Der Hof raunte: der Affe ist dauernd leidend, damit er höhere Renten erhält. Voltaire hörte ein Wort, das vom König über ihn gesagt sein sollte: „Man preßt die Orange aus und wirft die Schale weg.“ Voltaires „A f a t i a“ ließ Friedrich am 24. Dezember 1752 auf öffentlichem Platz in Berlin durch Hentershand verbrennen. Voltaire sandte seinen Kammerherrnschlüssel und seinen Orden zurück mit den schmerzvollen Versen von dem Geliebten und der Liebenden. Der Mathematiker Maupeituis intrigierte gegen Voltaire; Maupeituis, den Voltaire so verehrte, „daß es Maupeituis lästig fiel.“ Voltaire mußte auf Reisen gehen. Eine Art literarischer Steckbrief Maupeituis' ließ ihm voraus: „... derselbe ist ein Philosoph, von zerstreutem Wesen und hastigem Gange, Augen klein und rund, Perücke desgleichen, Nase platt, Gesicht voll, Gesichtsausdruck schlümn und selbstgefällig, trägt ständig ein Scalpell in der Tasche, um Leute von hoher Statur zu sezieren.“

Am 1. Juni 1753 war Voltaire zur Weiterreise von Frankfurt am Main bereit. Da wurde er im Namen des Königs festgenommen, er sollte den Kammerherrnschlüssel und den Orden zurückgeben, die er nach einer lächerlichen Vernehmung wiedererhalten hatte, vor allem aber den Band der Gedichte des Königs. Er hatte ihn vorausgeschickt. Wierzehn Tage wurde Voltaire festgehalten bis zum Eintreffen des Buches. Als er stehen will, nimmt man ihn gefangen, sperrt ihn in einem Handeltshureau ein: Knechte und Handlungsbdiener bewachen und begaffen ihn wie einen Verbrecher. Für die entstandenen Unkosten werden ihm 100 Gulden weggenommen.

Sehnsucht führte ihn nach Paris. Der Einfluß des Kardinals Tencin sollte ihn von Lyon aus die Rückkehr ermöglichen. Collini führte ihn am Arm in das Wohnzimmer des Kardinals, so schwer vermachte Voltaire zu laufen. Aber kaum war er bei diesem eingetreten, als er schon wieder herauskam, seinen Sekretär am Arm nahm und still mit ihm zum Wagen ging; hier sagte er nach einem träumerischen Schweigen: „Mein Freund, dieses Land ist nicht für mich geschaffen.“

Ein Jahr danach ist Voltaire der Besitzer des Landhauses Délices am Genfer See: „Das ist höchst anständig und man muß sich amüsieren. Das Wasser, die Blumen, die Gebüsch sind so tröstlich, was die Menschen nicht immer sind.“ In fast krankhafter Angst tauchte er die Herrschaften von Tournay und Ferny, die in zwei anderen Territorien liegen: „Man muß zwei bis drei Schlußlöcher unter der Erde haben gegen die Hunde, die einen verfolgen.“ Der Patriarch von Tournay, Ferny und Délices begehrt noch einmal müde abwehrend auf: „Ich bin so gar kein Freund vom Märtyrertum.“ Worte aus den Romanen dieses letzten Lebensabschnittes sind sämtlich ein Refugium: „Man muß nur den Garten bauen.“ Und: „Ich mag gern mit Kindern spielen.“ Und: „Es ist wohl eine Schande, daß ich in meinem Alter noch so lebhaft empfinde. Ich bin ein alter kranker Mann. Entschuldigen Sie meine Traurigkeit.“ Und: „Man sieht, wie die Augen und glücklichen Menschen die Schwachen in Fesseln schlagen und die Unglücklichen vernichten. Und gleichwohl sind doch die Glücklichen selbst ebenso nur ein Spielball des Glücks wie die Elenden, die sie beherrschen.“

In Ferny suchte er die Berührung mit Rousseau. Seinem Brief: „Das Landhaus Délices wird erst dann seinen Namen mit vollem Rechte führen, wenn es Rousseau bisweilen in sich schliefen darf.“ steht als Abschlusß auch dieser heiligen Tragedie Rousseaus Wort gegenüber: „Unter dem Schein, an Gott zu glauben, hat er doch nur an den Teufel geglaubt. Voltaires Gott ist ein bössartiges, schadenfreudiges Wesen.“

Die nahen und die ferneren Verwandten des großen Corneille suchten unter Offenheiten und Lügen zu erreichen, daß Voltaire sie erhöhe. Freier der jungen Marie Corneille kommen, werden seine Freunde, denen er Güter und Renten schenkt. Marie Corneille und ihr Brautgum sollen „Vernem in der Welt zu leben und glücklich zu sein.“

In der Einsamkeit nach der Vermählung der Marie Corneille hat Voltaire den jungen Schriftsteller de la Harpe zu sich, der sein Schönheitsideal war. Er wollte lange Zeit in Ferny und stahl Voltaire gemeinsam mit dessen Richte Demise die neuesten und noch unerschlossenen Manuskripte. Voltaire hat nur um die Abreise der beiden und setzte ihnen eine hohe Rente aus. Als die Einkünfte aus seinen zu Muttergütern gestifteten Besitzungen groß genug waren, verschickte er seine Dichtungen an junge Schauspieler, Dichter und Buchhändler.

Den Dreißigjährigen zwang seine diebische Nichte, ihrer gesellschaftlichen Stellung wegen nach Paris zu kommen. Bei der Einkehr nach einer durchgearbeiteten Reise umringten die Leute von Paris den Patriarchen von Ferny um der Seltsamkeit seines Aufzuges willen. Der elegante häßliche Voltaire war seiner Zeit ent Fremder. Die Menschen suchten ihn um seiner Wunderlichkeit willen. Er empfing sie unentwegt. Die Weine schmolzen ihm an von vielen Stellen. Zwei Wochen nach seiner Ankunft überfiel ihn beim Diktieren im Bett ein heftiger Anfall. Er brauchte höchste Ruhe: still dessen war Jont und Gefahr in seinem Krankenzimmer. Man konnte sich über die Wohl des Rodearzes nicht eing werden. Den Arzt erschien als Rettung die Rückkehr nach Ferny. Demise, die Nichte, hielt ihn durch jossche Meldungen über eine Umstimmung bei Hofe fest. Sie nahm ihm seine einzige Stütze, den Freund und Sekretär. Voltaire lehnte sich hilflos nach ihm. Er nahm unentwegt Opium. Aus den Dämmerzuständen schreckte er durch die Zwangsvorstellungen auf, ein neues Werk beginnen zu müssen. Die letzte Dichtung lehnte er ab. Voltaire mußte heimlich beerdigt werden, ehe das südhöfliche Beerd der Bestattung eintraf. Der Leichnam Voltaires wurde während der großen Revolution von Grabstätte zu Grabstätte gebracht. Die Gerechtigkeit ließ Koff auf seine Gebeine schütten, damit sie ganz verilgt werden.

Ich meinte nicht Voltaire, den Beschützer der Witwen, und nicht Voltaire, der zum Tode Verurteilte vor der Hinrichtung bewahrte und zeitweilig für sie sorgte, ich meine nicht den Dichter und Philosophen, den Wohltäter und Organisator der Herrschaften von Tournay, Ferny und Délices; und nicht den großen Höfling und nicht den Pasquillanten. Ich meine Voltaire den Märtyrer, der

... obgleich ganz erfüllt von seinen Wunden, dem Peiniger zulieft und still verbunden, die Nacht suchte, die bestimmt, daß er ihn schlägt.“

Voltaire-Anekdoten.

Während der Proben von „Mérope“ war Voltaire mit dem Spiel der Hauptdarstellerin Mlle. Dumasnil nicht zufrieden. Auf die Einwände des Dichters erwidert sie gereizt:

„Man mühte den Teufel im Leibe haben, um den Ton zu treffen, den Sie verlangen.“

„Freilich“, erwidert Voltaire, „in allen Künsten muß man den Teufel im Leibe haben, will man etwas erreichen.“

Voltaire, achtzig Jahre alt, wohnt den Proben seiner letzten Tragedie „Irene“ bei. Feurig wie ein Jüngling, zeigt er vor Clairon, wie sie's zu machen hat.

„Wo soll man“, meint sie, „eine Schauspielerin finden, die die Kraft hätte, diese Verse so zu sagen? Die Anstrengung würde sie töten.“

„Das will ich so gerade“, ruft Voltaire aus, „ich will dem Publikum diesen Dienst erweisen.“

Nachdem der Arzt Boissinier von seiner Reise nach Rußland zurückgekehrt war, besuchte er den großen Voltaire in seinem Schloßchen Ferny und warf ihm vor, übertriebene oder ganz unrichtige Nachrichten über dieses Land verbreitet zu haben.

„Lieber Freund“, sagte Voltaire, „die Russen haben mir prächtige Pelze geschenkt, und Sie wissen ja, wie sehr ich im Winter friere.“

Grimm erzählt in einem seiner Briefe:

„Seit Herr von Voltaire in Paris ist, haben schon, ich weiß nicht wieviele, Pöbeler sich eingebildet, durch eine Bekanntschaft des großen Mannes Ruhm und Reichtum erlangen zu können. Einem dieser Herren gelangt es, bis zum Kranken vorzudringen. Er wirft sich vor seinem Bette auf die Knie:

„Im Namen Gottes, hören Sie mich an; ich werde Ihr Sünderbudd sein, alle Ihre Verzeihungen werde ich auf mich laden; aber befehlen Sie sofort; züchte, mein Sohn, veräume nicht den einzigen Augenblick, den die Gnade Dir gewährt usw.“

Voltaire, in seine Kissen vergraben, hört ihm gutgelaunt zu.

„Wer schickt Sie, Herr Abbé?“

„Wer? Gott selbst.“

„Und Ihr Bekanntschaftsschreiben?“

Diese einfache Frage verlegt den braven Gottesmann in solche Verwirrung, daß Voltaire ihm mit einigen Späßen über die peinliche Situation hinweghelfen muß.

Die Vitrine.

Wissen Sie, was eine Vitrine ist? Sicherlich! Auch über Ihren Zweck sind Sie orientiert?

Niemand wird daran zu zweifeln wagen.

Und dennoch spricht man ganz bestimmt keine Bekanntschaft aus, wenn man behauptet, daß dieses nützliche Gerät noch längst nicht in der ganzen Fülle seiner Geltung erkannt ist.

Eine Vitrine ist nicht nur ein Glaschrank, kostbaren Gegenständen zum Schutz vor Staub und freudlosem Zugriff bestimmt. Es gibt eine auf der Welt, die Sinnbild der kapitalistischen Kultur und ihres Verhältnisses zu allen Völkern ist, die nicht mit weicher Haut begabt.

Sie steht in Melbourne in Australien. In einem herrlichen Museum. Und sie steht einseitig noch leer.

Doch steht sie nicht allein. Ihr gegenüber, gleichfalls aus schönem Kristallglas mit blank polierter Messingfassung, leuchtet ihr Gefellschloß. Und zeigt dem neugierigen Besucher zugleich ein Stoffpräparat: den Körper des letzten der hunderttausende von Tasmaniern, die der weißen Kultur zum Opfer fielen und teils an Alkohol, teils an Hunger und Kälte, teils an den anderen Seuchen starben, die die Eroberer ihres herrlichen Landes bereinigt als europäische Geschenke mitgebracht.

Der ausgestopfte Tasmanier im Museum zu Melbourne stirbt, solange das Licht flutet, in den leeren Raum der benachbarten Vitrine, eben der, die Sinnbild europäischer Gemütsstärke ist. Auch sie soll eines Tages einen ausgestopften Gast bekommen und als glühender Lohn des letzten eines Volkes beherbergen. Sie ist vorbereitet, dem letzten eingeborenen Australier, wenn ihm der Summenrang für immer aus den Händen gefallen ist!

So arbeitet kapitalistische Kultur und Gemütsstärke vor. Sie baut Särge denen, die noch im Lichte wandeln und die längst auf der Liste ausgestopfter Kuriositäten für Museumszwecke stehen, bevor sie den Fremden, die ihnen ihr Land stahlen, ausgedient haben.

In der Heimat sagt man, Kolonialpolitik sei Dienst an der Menschheit und zivilisatorische Aufgabe der weißen Rasse. Ihr Resultat, ihr vorausgesehenes Resultat aber sind — ausgestopfte Menschenleiber für Museen!

Und so rasend ist das Tempo der zivilisatorischen Erfolge an den armen Urdörfern der kolonialen Gebiete, daß man — vorforschlich, wie es den Vertretern und Verführern kapitalistischer Kultur geziem — Vitrine bereitstellt, um das mumifizierte Resultat unmittelbar nach der Vollendung den Augen der Gaffer zur Schau stellen zu können.

Häufig, diese Vitrine zu Melbourne ist ein Symbol von nicht mehr zu überlebender Anbringlichkeit.

